



HESSEN



Bericht aus Brüssel

20/2020 vom 30.10.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	5
Außen- und -Verteidigungspolitik.....	6
Europäisches Parlament.....	8
Wirtschaft.....	11
Verkehr.....	15
Energie.....	16
Digital.....	17
Forschung.....	20
Finanzdienstleistungen.....	21
Finanzen.....	22
Soziales.....	24
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	25
Umwelt.....	25
Landwirtschaft.....	28
Justiz.....	31
Inneres.....	32
Bildung und Kultur.....	36
Information, Kommunikation und Medien.....	37
Veranstaltungen.....	37
Vorschau.....	39

Europäischer Rat; Ergebnisse der Videokonferenz am 29.10.2020

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) tauschten sich am 29.10.2020 in einer Videokonferenz informell erneut zur aktuellen Lage in der EU hinsichtlich COVID-19 aus. Angesichts der Terroranschläge in FRA haben sie zu Beginn der Videokonferenz eine kurze Erklärung verabschiedet. Darin verurteilen sie die Anschläge als Angriffe auf die gemeinsamen Werte scharf, erklären ihre Solidarität mit FRA, seinen Bürgerinnen und Bürgern sowie der französischen Regierung, und rufen alle Regierenden der Welt dazu auf, sich für den Dialog zwischen den Gemeinschaften und Religionen einzusetzen und nicht für Spaltung der Gesellschaft. Das eigentliche Thema der knapp dreistündigen Videokonferenz war der Austausch über die besten Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie und eine engere Koordinierung der Mitgliedstaaten. Es war von vornherein nicht beabsichtigt, Beschlüsse in der Sache zu fassen. Die Staats- und Regierungschefs haben über drei Schwerpunktthemen debattiert: Tests und Kontaktnachverfolgung sowie Impfungen. Hinsichtlich der Tests diskutierten sie einen gemeinsamen Ansatz zur gegenseitigen Anerkennung von Testergebnissen; mit Blick auf die von der Kommission am 28.10.2020 verabschiedete Empfehlung zur COVID-19-Teststrategien vereinbarten sie eine stärkere Zusammenarbeit. Hinsichtlich der Kontaktnachverfolgung soll weiter an der Interoperabilität der nationalen Tracing-Apps und einem vereinheitlichten Passagier-Lokalisierungsformular (sog. „Passenger Locator Form“) gearbeitet werden. Außerdem wurde die Harmonisierung der Quarantänevorschriften für Infizierte erörtert. Bei dem Thema Impfung wurden vier Aspekte diskutiert: Die Sicherstellung einer gerechten Verteilung der Impfstoffe auf die Mitgliedstaaten, ein gemeinsamer Ansatz bei der Festlegung, welche Personengruppen Priorität bei der Impfung genießen sollen, die Logistik zur Durchführung der Impfungen sowie die Kommunikation gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern (Bekämpfung von Falschinformationen, Aufklärung über Nebenwirkungen etc.). Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte nach der Sitzung, die Kommission werde für die grenzüberschreitende Verlegung von Intensiv-Patienten 220 Mio. EUR zur Verfügung stellen. Außerdem werde sie zum Austausch bester Praktiken eine Plattform einrichten, über die sich die Experten, die die nationalen Regierungen und die Kommission in der Pandemie beraten, austauschen können. Die Kommission werde außerdem im November ein Pilotprojekt zur EU-weiten Harmonisierung der Passenger Locator Form starten. Ziel sei es, bis Jahresende über ein einheitliches Formular zu verfügen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/european-council/2020/10/29/>

Kommission; Arbeitsprogramm der Kommission 2021

Die Kommission hat am 19.10.2020 unter dem Titel „Eine vitale Union in einer fragilen Welt“ das Arbeitsprogramm der Kommission 2021 angenommen. Die Kommission nimmt jedes Jahr ein Arbeitsprogramm an, in dem sie ihre wichtigsten Initiativen und politischen Prioritäten für das kommende Jahr darlegt. Aus dem Arbeitsprogramm können die Bürgerinnen und Bürger sowie die an der Gesetzgebung beteiligten Organe der EU entnehmen, welche neuen Initiativen die Kommission vorlegen wird, welche bestehenden EU-Vorschriften sie überarbeiten wird, welche Initiativen vorrangig anhängig sind und welche nicht verabschiedeten Vorschläge sie zurückziehen wird. Die Kommission plant, sich im kommenden Jahr vor allem auf die Bewältigung der Krise zu konzentrieren, und die ersten Lehren aus ihr zu ziehen. Zu diesem Zweck will sie insbesondere ihre Bemühungen fortsetzen, einen sicheren und verfügbaren Impfstoff zu finden und zu finanzieren und dafür zu sorgen, dass dieser alle Menschen in Europa und weltweit erreicht. Parallel dazu hat sie vor, die sich bietende Chance für Europa zu nutzen, um Europas Ziele zu verwirklichen und sich

an die Spitze des raschen Wandels zu setzen. Das aktuelle Programm basiert erneut auf den sechs übergreifenden Zielen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der europäische Grüne Deal, ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist, eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht, ein stärkeres Europa in der Welt, fördern, was Europa ausmacht und neuer Schwung für die Demokratie in Europa. Die konkreten Initiativen des Programms werden unter die sechs übergreifenden Ziele gefasst und dienen deren Umsetzung. Die Kommission plant vor allem, auch im Jahr 2021 als Schwerpunkt den ökologischen und den digitalen Wandel weiterzuführen. Außerdem wird in dem Arbeitsprogramm für 2021 hervorgehoben, wie wichtig es ist, wachsam zu bleiben, sich darauf zu konzentrieren, die Krise gemeinsam zu bewältigen und gemeinsam an langfristigen Lösungen zu arbeiten. Nach der Krise soll man in Europa laut des Arbeitsprogramms in einer gesünderen, gerechteren und wohlhabenderen Gesellschaft leben können. Dafür sei es von besonderer Bedeutung, dass Europa widerstandsfähiger wird und an der Agenda des Wandels arbeitet.

https://ec.europa.eu/info/publications/2021-commission-work-programme-key-documents_de

EP; Brexit; Rede von Barnier auf der Plenarsitzung des EP zum Stand der Verhandlungen über die künftigen Beziehungen EU-GBR

Der Verhandlungsführer der EU bei den Verhandlungen über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und GBR, Michel Barnier, erklärte am 21.10.2020 vor dem EP, der Europäische Rat (ER) habe den britischen Partnern und Freunden gegenüber bekräftigt, dass die EU, wie immer gesagt wurde, ein Abkommen wünscht. Ein Abkommen, das für beide Seiten von Vorteil sei, welches die Autonomie und Souveränität jeder Partei respektiere und das einen ausgewogenen Kompromiss widerspiegle. Die EU sei bereit, die Gespräche über alle Fragen zu intensivieren und dies auf der Grundlage von Rechtstexten zu tun. Michel Barnier betonte, der Rahmen, der im Namen der EU für eine ehrgeizige Partnerschaft mit GBR festgelegt wurde, habe sich nicht geändert. Das bedeutet, dass die Entscheidungsautonomie der EU, die Integrität Binnenmarktes und die Wahrung der langfristigen wirtschaftlichen und politischen Interessen der EU respektiert werden müssen. Diese Prinzipien seien natürlich mit der Achtung der britischen Souveränität vereinbar, die ein legitimes Anliegen der Regierung von Boris Johnson seien. Michel Barnier erläuterte die EU habe die von Boris Johnson festgelegten roten Linien verstanden: zur Rolle des Europäischen Gerichtshofs; zur legislativen Autonomie des GBRs; zur Fischerei. Seit fast vier Monaten arbeite die EU am Verhandlungstisch, um herauszufinden, wie diese roten Linien mit den eigenen Prinzipien und Interessen und mit dem Wunsch, eine gemeinsame Einigung zu erzielen, in Einklang gebracht werden können. Michel Barnier glaubt, dass eine Einigung in Reichweite sei, wenn man auf beiden Seiten bereit sei, konstruktiv und kompromissbereit zu arbeiten. Die verbleibende Zeit für ein Abkommen sei kurz, sehr kurz. Anschließend zählte Michel Barnier Bereiche auf, in denen in den letzten Wochen Fortschritte bei den Verhandlungen erzielt wurden: bei der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit, in der Frage der Europäischen Menschenrechtskonvention, beim Datenschutz, bei Europol, Eurojust und der Auslieferung. Auch beim Verkehrswesen, insbesondere im Straßenverkehr und bei der Beteiligung Großbritanniens an EU-Programmen wie "Horizon Europe" oder "Erasmus +" seien Fortschritte erzielt worden. In anderen Bereichen gebe es zwar immer noch Meinungsverschiedenheiten, aber es zeichnen sich bereits mögliche Lösungen ab, insbesondere im Hinblick auf den Handel mit Waren und Dienstleistungen, Energie und die Koordinierung der sozialen Sicherheit. Schließlich gebe es laut Michel Barnier noch die drei komplexeren Fragen, bei denen man unbedingt vorankommen müsse. Dabei handle es sich um gleiche Wettbewerbsbedingungen, die Fischerei und die Governance-Struktur des Abkommens (vor allem verbindlichen

Streitbeilegungsmechanismus mit einem wirksamen Sanktionssystem). Man müsse daher weiterhin die Konsequenzen einer fehlenden Einigung tragen können, und sich bis Ende des Jahres weiter auf dieses Szenario vorbereiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/SPEECH_20_1962

Kommission; Brexit; Vierte Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses EU-GBR zur Umsetzung des Austrittsabkommens

Die vierte reguläre Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses EU-GBR zur Umsetzung und Anwendung des Austrittsabkommens unter dem Ko-Vorsitz von Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič fand am 19.10.2020 in London statt. Ziel des Treffens war es, gemeinsam den aktuellen Stand der Umsetzung des Austrittsabkommens zu bewerten und ein gemeinsames Verständnis der noch offenen Fragen sowie einen detaillierten Zeitplan für deren Lösung zu erreichen. Angesichts der begrenzten Zeit, die bis zum Ende der Übergangsperiode verbleibt, unterstrich Vizepräsident Maroš Šefčovič die Notwendigkeit, alle Anstrengungen auf beiden Seiten auf die Überbrückung der bestehenden Umsetzungslücken und die Erzielung von Ergebnissen zu konzentrieren, damit das Austrittsabkommen ab dem 01.01.2021 voll funktionsfähig sei. Im Hinblick auf die Umsetzung des Protokolls über Irland und Nordirland bekräftigte Maroš Šefčovič die Bedeutung seiner vollständigen und rechtzeitigen Umsetzung, um Frieden und Stabilität auf der Insel Irland zu erhalten und die Integrität des EU-Binnenmarktes zu gewährleisten. Was die Bürgerrechte betrifft, so begrüßten die Parteien die in den letzten Wochen erzielten Fortschritte und einigten sich auf die Erstellung eines ersten gemeinsamen Durchführungsberichts. Dieser Bericht soll einen ersten Überblick über die nationalen Umsetzungsmaßnahmen im Hinblick auf den Aufenthalt von Bürgerinnen und Bürgern in der EU und im GBR geben und soll bis Ende 2021 mindestens alle drei Monate aktualisiert werden. Die EU bekräftigte weiterhin die Notwendigkeit, dass GBR die Arbeit an allen notwendigen Maßnahmen, die eine vollständige praktische Umsetzung des Austrittsabkommens gewährleisten, erheblich beschleunigen muss, insbesondere in Bezug auf Grenzkontrollstellen, die Mehrwertsteuer und die Registrierung nordirischer Händler für Mehrwertsteuerzwecke. Schließlich begrüßte Maroš Šefčovič die Zusicherungen der britischen Seite in Bezug auf den gemeinsamen Beschluss über die Liste der Schiedsrichter für den Streitbeilegungsmechanismus im Rahmen des Austrittsabkommens, so dass diese noch vor Ende des Jahres - rechtzeitig für die Aufnahme der Tätigkeit des Schiedspanels im nächsten Jahr - festgelegt werden kann. Es wurde vereinbart, dass die nächste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses Mitte November stattfinden soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_20_1948

C o r o n a

Kommission; Beatmungsgeräte aus rescEU-Reserve für CZR

Am 23.10.2020 gab die Kommission die Lieferung von 30 Beatmungsgeräten an CZR aus der rescEU-Reserve im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens zur Behandlung schwerer Fälle von Covid-19-Erkrankungen bekannt. CZR hatte wegen steigender Infektionszahlen um Hilfe gebeten, am 21.10.2020 war dort aufgrund von 11.984 bestätigten Neuinfektionen ein erneuter Lockdown verhängt worden. Die rescEU-Reserve für medizinische Ausrüstung war während der ersten Welle der Pandemie im Frühjahr eingerichtet worden, um besonders betroffene Mitgliedstaaten rasch unterstützen zu können. Derzeit werden Reservekapazitäten in DNK, DEU, GRI, HUN, SWE und ROM vorgehalten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201023-resceu-reserve_de

Kommission; Vorschlag für Maßnahmen zur koordinierten Pandemiereaktion

Mit dem Vorschlag greift die Kommission die Aufforderung des Europäischen Rates vom 15.10.2020 auf, die Koordinationsbemühungen auf wissenschaftlicher Basis fortzusetzen. Dies umfasst im Gesundheitswesen eine verbesserte Datenmeldung an das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC), die Einführung und Anerkennung wirksamer Schnelltests, die grenzüberschreitende Nutzung von Corona-Apps zur Durchbrechung von Infektionsketten, die Vorbereitung einer Impfstoffverabreichung sowie die Sicherstellung der Grundversorgung mit Schutzausrüstung und Arzneimitteln. Darüber hinaus umfasst die Mitteilung Empfehlungen zur Krisen-Kommunikation und zur Erleichterung des Reiseverkehrs innerhalb der EU, insbesondere im Hinblick auf die „grünen Korridore“ zur vereinfachten und schnelleren Passage beim Güterverkehr.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1986

Kommission; Verlängerung der Mehrwertsteuerbefreiung auf die Einfuhr von Medizinprodukten

Am 28.10.2020 beschloss die Kommission, die vorübergehende Befreiung von Mehrwertsteuer und Zöllen auf die Einfuhr von Medizinprodukten und medizinischer Schutzausrüstung aus Drittländern erneut zu verlängern. Für Importe in die EU27 gilt dies bis zum 30.04.2021 und für GBR ist die Ausnahme bis zum 31.12.2020 verlängert worden. Die Befreiung umfasst Schutzausrüstungen, Masken, Testkits, Beatmungsgeräte und andere medizinische Geräte. Die zoll- und mehrwertsteuerfreie Einfuhr gilt für staatliche Organisationen und karitative oder philanthropische Organisationen.

https://ec.europa.eu/taxation_customs/sites/taxation/files/201028_commission_decision_on_customs_vat_covid-19.pdf

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Sanktionsregelung gegen Menschenrechtsverletzungen und -verstöße

Die Kommission hat am 20.10.2020 einen Vorschlag für eine Verordnung über die Durchführung restriktiver Maßnahmen (Sanktionen) bei Menschenrechtsverletzungen und -verstöße weltweit vorgelegt. Ziel ist eine EU-weit einheitliche Sanktionsregelung bei Menschenrechtsverletzungen und -verstößen, die weltweit begangen werden, zu schaffen. Durch die Verordnung der neuen globalen Sanktionsregelung der EU soll der EU demnach im Bereich der Menschenrechte ein flexibleres Instrument geboten werden, um diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße in der ganzen Welt verantwortlich sind. Es ist vorgesehen, dass die neue globale Sanktionsregelung der EU vor allem Maßnahmen wie Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverbote umfasst. Die Vorschläge sollen die Verpflichtung der EU widerspiegeln, sich für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundsätze des Völkerrechts global einzusetzen. Mit der neuen Regelung werden die bestehenden, geografisch orientierten Sanktionsregelungen, wovon einige bereits Fragen der Menschenrechtsverletzungen und -verstöße, beispielweise in Syrien, Belarus oder Venezuela, zum Gegenstand haben, nicht ersetzt. Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates wird nun von den Mitgliedstaaten erörtert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1939

Rat; Erklärung der EU zum Waffenstillstandsabkommens in Libyen

In einer am 25.10.2020 herausgegebenen Erklärung des Hohen Vertreters der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, begrüßt die EU ausdrücklich die Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens durch die libyschen Vertreter der gemeinsamen Militärkommission am 23.10.2020 in Genf und dankt der amtierenden UN-Sonderbeauftragten, Stephanie Williams, für ihre erfolgreichen Bemühungen. Die EU fordert die libyschen Parteien auf, das Waffenstillstandsabkommen uneingeschränkt und unverzüglich umzusetzen. Alle internationalen und regionalen Akteure seien dazu aufgerufen, die Bemühungen Libyens uneingeschränkt zu unterstützen, von ausländischer Einmischung in den Libyen-Konflikt abzusehen und die Verstöße gegen das UN-Waffenembargo unter uneingeschränkter Achtung der einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates einzustellen. Jegliche ausländische Intervention sei inakzeptabel und alle ausländischen Kämpfer und Söldner unverzüglich abziehen. Die EU sei ihrerseits bereit, die Umsetzung des Abkommens im Einklang mit den Beschlüssen des UN-Sicherheitsrates durch konkrete Maßnahmen zu unterstützen. Das unmittelbar in Kraft getretene, umfassende und dauerhaft gültige Abkommen stelle einen entscheidenden Schritt und das Ergebnis monatelanger intensiver Bemühungen auf regionaler und internationaler Ebene, die im Rahmen des Berlin-Prozesses eingeleitet wurden, dar. Zusätzlich dazu beinhaltet das Abkommen u.a. vertrauensbildende Maßnahmen wie einen umfassenden Prozess der Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration. Die EU hoffe auf einen erfolgreichen Ausgang des libyschen Forums für politischen Dialog und werde sich weiterhin für die UN-Unterstützungsmission in Libyen einsetzen. In diesem Zusammenhang verwies die EU erneut auf ihr Instrument der Sanktionen gegen etwaige Provokateure.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/25/declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-announcement-of-a-ceasefire-agreement-in-libya/>

Kommission; Rat; EU-Kanada Videokonferenz

Am 29.10.2020 fand ein Gipfeltreffen zwischen den Führungsspitzen der EU und Kanada per Videokonferenz statt. Die Konferenz wurde auf EU-Seite von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und auf kanadischer Seite von Premierminister Justin Trudeau geleitet. Im Anschluss an die Konferenz bekräftigten beide Seiten ihre Entschlossenheit, die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der COVID-19-Pandemie im Einklang mit den gemeinsamen Grundsätzen und Werten der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit sowie auf der Grundlage des strategischen EU-Kanada Partnerschaftsabkommens fortzusetzen. Die EU und Kanada teilten die Verpflichtung, wirksame Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit, der Sicherstellung einer robusten wirtschaftlichen Erholung sowie zum Aufbau innovativerer, nachhaltigerer, integrativerer und widerstandsfähigerer Volkswirtschaften zu ergreifen. Beide Seiten betonten die wichtige Rolle der starken transatlantischen Beziehungen bei der Bewältigung der aktuellen geopolitischen Herausforderungen. So verpflichteten sich die EU und Kanada, in internationalen Foren wie den G7, den G20 und der UN weiterhin eng zusammenzuarbeiten. Die EU und Kanada kamen überein, im Rahmen der Ottawa-Gruppe und darüber hinaus weiterhin gemeinsam an der Reform der Welthandelsorganisation zu arbeiten, um das multilaterale Handelssystem in Krisenzeiten zu schützen und zu stärken. Beide Seiten betonten die Notwendigkeit von widerstandsfähigeren globalen Lieferketten sowie gleicher Wettbewerbsbedingungen weltweit. Beim Thema Umwelt bekräftigten die EU und Kanada in erster Linie ihr Engagement für eine rasche, vollständige und wirksame Umsetzung des Pariser Abkommens und das gemeinsame Ziel, bis 2050

Treibhausgas-Neutralität zu erreichen. Ein weiteres wichtiges Gesprächsthema der Konferenz war der dritte Jahrestag der vorläufigen Anwendung des Umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen der EU und Kanada (CETA). Beide Seiten begrüßten die positiven Ergebnisse dieses Abkommens und betonten, dass der bilaterale Handel bis Ende 2019 bei Waren und Dienstleistungen um mehr als 20% gegenüber dem Stand vor dem CETA zugenommen habe. Die EU und Kanada seien fest entschlossen, die Umsetzung von CETA in allen Bereichen weiter zu erleichtern und zu fördern. Dazu gehörten u.a. konkrete Maßnahmen für den Bereich Handel und Kleiner- und Mittelständischer Unternehmen (KMU). Die EU begrüßte zugleich Kanadas neue Mitgliedschaft im Enterprise Europe Network zur Förderung von KMU, welche die Vorteile von CETA bereits nutzten. Was China betrifft, so brachten die EU und Kanada ihre tiefe Besorgnis über die anhaltende willkürliche Inhaftierung von Kanadiern, EU-Bürgern und anderen Ausländern in China zum Ausdruck. Weitere Themen waren u.a. eine engere Zusammenarbeit beim Schutz vor bösartigen Cyber-Aktivitäten und Desinformationskampagnen, die Digitalisierung sowie die Förderung des auf internationalen Regeln basierenden Systems insgesamt. Darüber hinaus sind einige außen- und sicherheitspolitischer Fragen, v.a. in Bezug auf Belarus, Russland und den östlichen Mittelmeerraum erörtert worden.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/10/29/joint-press-release-eu-canada-leaders-virtual-meeting/>

Europäisches Parlament

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 19.-23.10.2020 in Brüssel

Prioritäten für das künftige Gesetz über digitale Dienste

Das EP verabschiedete am 20.10.2020 zwei Berichte mit einer Rechtsetzungsinitiative für das künftige Gesetz über digitale Dienste. Darin fordert es die Kommission auf, Probleme im Online-Bereich zu beheben – und zwar mit dem geplanten Paket zum Gesetz über digitale Dienste. Mit dem bevorstehenden Digital Services Act (DSA) will die EU die digitale Wirtschaft nicht nur auf EU-Ebene gestalten, sondern wie beim Datenschutz auch für den Rest der Welt Maßstäbe setzen. In den zwei getrennten "Gesetzesinitiativ"-Berichten fordert das EP die Kommission auf, in ihrem DSA-Paket aktuelle Mängel im Online-Umfeld anzugehen und zu beheben.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-10-20-TOC_DE.html

EP will EU-Regeln zur Künstlichen Intelligenz

Ebenfalls am 20.10.2020 nahm das EP Vorschläge für ein EU-Regelwerk zu Künstlicher Intelligenz (KI) an. Ziel ist, Innovationen, Ethiknormen und Vertrauen in die Technik zu fördern. Als eine der ersten Institutionen überhaupt gibt das Europäische Parlament Empfehlungen dazu ab, welche Regeln für KI im Hinblick auf ethische Fragen, zivilrechtliche Haftung und geistiges Eigentum gelten sollten. Sie sollen den Weg dafür ebnen, dass die EU bei der Entwicklung der künstlichen Intelligenz weltweit eine Führungsrolle einnimmt. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag der Kommission wird für Anfang nächsten Jahres erwartet.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-10-20-TOC_DE.html

Abstimmung über die Zukunft der EU-Agrarpolitik

Die Abgeordneten stimmten am 23.10.2020 über ihre Position für die EU-Agrarpolitik (GAP) ab (siehe Beitrag unter „Landwirtschaft“). Nach den Abstimmungen werden die Abgeordneten Gespräche mit den EU-Ministern über das Reformpaket aufnehmen.

Die derzeitigen GAP-Regeln laufen am 31.12.2020 aus. Sie sollen durch Übergangsregeln ersetzt werden, bis die laufende GAP-Reform von EP und Rat verabschiedet ist.

Arbeitsprogramm der Kommission für 2021 - Erklärung der Kommission

In der Debatte am 20.10.2020 mit Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič nahmen die Fraktionssprecher zu den Prioritäten des Arbeitsprogramms 2021 der Kommission Stellung. Das Arbeitsprogramm 2021 muss Europa helfen, die durch die Krise entstandene Fragilität zu überwinden und die Gelegenheit zu ergreifen, sich auf eine grüne, digitale und widerstandsfähigere Zukunft für alle vorzubereiten, sagte Vizepräsident Maroš Šefčovič. Anschließend listete er die Hauptpunkte des Arbeitsprogramms 2021 der Europäischen Kommission auf. Um die Demokratie und die Grundrechte in der EU zu stärken und "sicherzustellen, dass jeder ein Mitspracherecht hat", bestand Maroš Šefčovič auch darauf, dass die Konferenz über die Zukunft Europas so bald wie möglich beginnen sollte (siehe Beitrag unter „Institutionelles“).

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-10-20-ITM-012_DE.html

Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16.10.2020

ER-Präsident Charles Michel berichtete dem Plenum am 21.10.2020 über die Ergebnisse des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs vom 15. und 16.10.2020 in Brüssel. Die EU begrüße zwar grundsätzlich künftige enge Beziehungen zu GBR, sei jedoch gegen ein Szenario, in dem GBR den Zugang zum Binnenmarkt einfordert und gleichzeitig von den Normen und Vorschriften der EU abweicht, so Charles Michel. "Man kann nicht beides haben", sagte er. Der Verhandlungsführer der EU Michel Barnier erklärte, dass die EU weiterhin versuchen werde, eine für beide Seiten vorteilhafte Vereinbarung zu erzielen (siehe Beitrag unter „Institutionelles“).

Die Abgeordneten betonten in der Aussprache, wie wichtig es sei, eine Einigung zu erzielen, die die Interessen und Werte der Union nicht beeinträchtige. MdEP Siegfried Mureşan (EVP/ROM) machte in kurzen Worten die uneingeschränkte Unterstützung seiner Fraktion für Michel Barnier deutlich. Dann sprach er über den Haushalt. "Die Entwicklungen der letzten Tage haben gezeigt, dass die Corona-Krise keine kurzfristige Krise ist", betonte Siegfried Mureşan. Er bekräftigte, dass seine Fraktion entschlossen sei, den langfristigen EU-Haushalt und den Aufbaufonds rasch zu billigen, damit sie am 01.01.2021 in Kraft treten können. Eine Einigung solle jedoch nicht um jeden Preis erzielt werden, sagte S&D-Fraktionsvorsitzende Iratxe García Pérez (S&D/ESP). "Herr Barnier, Sie haben die Unterstützung der S&D-Fraktion bei Ihren letzten Bemühungen um bestmögliche Beziehungen zu GBR, aber nicht auf Kosten des Binnenmarkts. Marktverzerrungen durch staatliche Beihilfen oder Sozial- und Umweltdumping sollten inakzeptabel sein." Obwohl es nur mehr wenig Zeit für eine Einigung gebe, da die britische Regierung beschlossen hatte, keine Verlängerung zu beantragen, "können wir keine Einigung hinnehmen, die den Binnenmarkt, soziale Rechte oder Umweltstandards gefährdet", argumentierte die GRÜNE Fraktionsvorsitzende MdEP Ska Keller (GRÜNE/DEU). Der RN-Fraktionsvorsitzende MdEP Dacian Cioloş (RN/ROM) erklärte, dass die Verhandlungen über die künftigen Beziehungen der EU GBR einen "kritischen Punkt" erreicht hätten. Er forderte GBR auf, "Verzögerungstaktiken" zu beenden. Die EU wolle und benötige eine starke Partnerschaft mit GBR, dafür müsse dieses jedoch "ein ernsthafter Partner" sein. "Wir werden kein Handelsabkommen ratifizieren, solange das Austrittsabkommen nicht vollständig eingehalten wird, insbesondere das Protokoll zu Nordirland." MdEP Derk Jan Eppink (ECR/NDL) sprach über die Auswirkungen eines No-Deal-Brexits auf die Fischerei: "Die Standpunkte beider Seiten sind hier besonders weit entfernt." Wenn es

kein Abkommen gibt, müssten bilaterale Verhandlungen möglich sein, insbesondere für kleine Länder, die in besonderem Maße auf die Fischerei angewiesen sind, so Jan Eppink. Ein No-Deal-Brexit wäre für die EU viel schlimmer als für GBR, sagte der stellvertretende ID-Fraktionsvorsitzende MdEP Nicolas Bay (ID/FRA). Brüssel habe sich stets dafür eingesetzt, das britische Volk für seine Entscheidung, die EU zu verlassen, zu "bestrafen", so Nicolas Bay. Die Corona-Krise erfordere einen ehrgeizigeren EU-Haushalt, um Gesundheit, Wirtschaft und Gesellschaft schützen zu können, argumentierte MdEP Dimitris Papadimoulis (GUE/GRI) und rief: "Hören Sie auf, das Europäische Parlament in Falschmeldungen zu beschuldigen, eine Einigung zu blockieren. Um eine Einigung zu erzielen, muss sich der Rat dem Standpunkt des Parlaments annähern."

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-10-21-ITM-006_DE.html

Entwaldung

Es gibt derzeit keine EU-Gesetzgebung, die es verbietet, Produkte, die zur Zerstörung von Wäldern außerhalb der EU beitragen, auf den EU-Markt zu bringen. In der Folge wissen die europäischen Verbraucher nicht, ob die von ihnen gekauften Produkte zur Entwaldung beitragen, auch von unersetzlichen Tropenwäldern, die für die Bekämpfung des Klimawandels oder den Schutz der biologischen Vielfalt von entscheidender Bedeutung sind. In diesem Zusammenhang nahm das EP am 22.10.2020 den Bericht von MdEP Delara Burkhardt (S&D/DEU) an, in dem die Kommission aufgefordert wird, einen EU-Rechtsrahmen vorzulegen, um die von der EU betriebene globale Entwaldung zu stoppen und umzukehren (siehe Beitrag unter „Umwelt“).

EP fordert umfassende Überprüfung der Beziehungen der EU zu Belarus

Am 21.10.2020 nahm das EP mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 602 - 44 - 44 im Rahmen des Berichts von MdEP Petras Auštrevičius (RN/LIT) eine Reihe von Empfehlungen darüber an, wie die EU ihre Beziehungen zu Belarus neu bewerten sollte. Damit ziehen die MdEP eine Bilanz der Entwicklungen sowohl vor als auch nach den manipulierten Präsidentschaftswahlen am 09.08.2020, die zu einem Volksaufstand gegen das gegenwärtige Regime führten. Der Text wiederholt viele Punkte der jüngsten EP-Entschließung zu Belarus, die am 17.09.2020 angenommen wurde, und:

- unterstützt die Entscheidung der EU und ihrer Mitgliedstaaten, die von der belarussischen zentralen Wahlkommission veröffentlichten gefälschten Wahlergebnisse nicht anzuerkennen;
- unterstreicht, dass Alexander Lukaschenko nach Ablauf seiner derzeitigen Amtszeit am 05.11.2020 nicht mehr der rechtmäßige Präsident des Landes sein wird;
- unterstützt das belarussische Volk unmissverständlich in seinen legitimen Forderungen nach freien und fairen Wahlen unter internationaler Aufsicht;
- stellt fest, dass Swjatlana Zichanouskaja, die nach unabhängigen Umfragen mehr als die Hälfte der Stimmen bei den Wahlen erhalten hatte, in den Augen des belarussischen Volkes die gewählte Präsidentin ist;
- erkennt den von Swjatlana Zichanouskaja initiierten Koordinationsrat als die legitime Vertretung des Volkes an, die demokratischen Wandel und Freiheit in Belarus fordert;
- fordert einen sofortigen Stopp der Gewalt, der grausamen Unterdrückung, der Folter und des scharfen Vorgehens gegen friedliche Demonstranten sowie die unverzügliche und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen und inhaftierten Vertreter der Zivilgesellschaft und Journalisten;

- fordert die Europäische Union auf, die von den EU-Außenministern und dem Europäischen Rat vereinbarten Sanktionen so bald wie möglich umzusetzen. Dabei soll eine große Gruppe von Menschen mit dem Einfrieren von Vermögenswerten und Reiseverboten ins Visier genommen und der Geltungsbereich auf Alexander Lukaschenko ausgedehnt werden; und
- sagt, dass die Verhandlungen über die Prioritäten der Partnerschaft zwischen der EU und Belarus auf Eis gelegt werden müssen, bis freie und faire Wahlen organisiert werden können.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0280_DE.html

Demokratische Opposition in Belarus diesjähriger Sacharow-Preisträger

Die demokratische Opposition in Belarus ist mit dem diesjährigen Sacharow-Preis für geistige Freiheit ausgezeichnet worden. EP-Präsident David Sassoli gab die Preisträger am 22.10.2020 im Plenarsaal in Brüssel bekannt, nachdem die Konferenz der Präsidenten zuvor einen entsprechenden Beschluss gefasst hatte. „Lassen Sie mich den Vertretern der belarussischen Opposition zu ihrem Mut, ihrer Widerstandsfähigkeit und Entschlossenheit gratulieren. Sie boten und bieten weiterhin einem viel stärkeren Gegner die Stirn. Sie haben die Wahrheit auf ihrer Seite, die mit roher Gewalt niemals bezwungen werden kann. Meine Botschaft an Sie, liebe Preisträger, ist: Bleiben Sie stark und geben Sie Ihren Kampf nicht auf. Wir sind an eurer Seite“, sagte Sassoli nach der Entscheidung. Die demokratische Opposition in Belarus wird durch den Koordinierungsrat vertreten, eine Initiative mutiger Frauen sowie prominenter Persönlichkeiten aus Politik und Zivilgesellschaft. Die Sacharow-Preisverleihung findet am 16.12.2020 statt.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2020-10-22-ITM-009_DE.html

Wirtschaft

Kommission; Rat; Virtuelle Konferenz zur öffentlichen Beschaffung

Am 21.10.2020 richtete die deutsche Ratspräsidentschaft gemeinsam mit der Kommission eine virtuelle Konferenz zur öffentlichen Beschaffung aus. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier diskutierte mit dem Binnenmarktkommissar Thierry Breton über die Rolle und Bedeutung öffentlicher Beschaffungen als Impulsgeber für eine nachhaltige und widerstandsfähige europäische Wirtschaft gerade auch in Krisenzeiten wie COVID-19. Einig war man sich, dass die öffentlichen Investitionen entscheidend sein werden, um die strategischen Ziele der EU zu erreichen. In Expertenpanels wurde u.a. über mögliche Verbesserungen der Effizienz der öffentlichen Beschaffung, dem Beitrag der öffentlichen Beschaffung für eine widerstandsfähige europäische Wirtschaft und der Ausgestaltung der Anreize für ein nachhaltiges Wachstum in der EU durch Innovationen in der öffentlichen Beschaffung diskutiert. Ziel der Konferenz war es, die aktuellen Erwartungen an die öffentliche Beschaffung im Kreis politischer Entscheidungsträger sowie europäischer Experten eingehend zu beleuchten.

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/10/20201021-europaeische-konferenz-am-21-oktober.html>

Kommission; Genehmigung zur Übernahme von Hermes GBR und Beteiligung an Hermes DEU durch die Investmentgesellschaft Advent in den USA

Die Kommission entschied mit Beschluss vom 19.10.2020 den Erwerb der alleinigen Kontrolle über die zur Otto-Gruppe gehörende Hermes Parcelnet Ltd. (im Folgenden:

Hermes GBR) durch die Advent International Corporation (im Folgenden: Advent) der USA und den Erwerb der gemeinsamen Kontrolle über die zur Otto-Gruppe gehörende Hermes Germany GmbH (im Folgenden: Hermes DEU) durch Advent und die Otto GmbH & Co KG (im Folgenden: Otto) nach der EU-Fusionskontrollverordnung zu genehmigen. Advent ist eine Private-Equity-Beteiligungsgesellschaft. Otto ist eine Holdinggesellschaft für verschiedene Unternehmen, die die Otto Group bilden, und weltweit im Bereich Einzelhandel und Einzelhandelsdienstleistungen tätig. Hermes GBR und Hermes DEU sind im Bereich Kurierdienste tätig.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_9957

EP; Einigung zum Aufschub des Verbots des Verkaufs von EURO-4-Motorrädern einer laufenden Serie

Das EP billigte am 20.10.2020, nach informeller Einigung mit dem Rat, die Änderung der Verordnung (EU) Nr. 168/2013 hinsichtlich spezifischer Maßnahmen für Fahrzeuge der Klasse L aus einer auslaufenden Serie infolge der COVID-19-Pandemie. Angesichts der Pandemie sollen die Bestimmungen über auslaufende Serien so angepasst werden, dass Händler im Jahr 2021 größere Mengen ihres Bestands an EURO-4-Fahrzeugen verkaufen dürfen. Dieser Vorschlag hat keinen Einfluss auf das Inkrafttreten der EURO-5-Stufe für alle neu hergestellten Fahrzeuge am 01.01.2021. Der Rat muss noch förmlich zustimmen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0268_DE.html

Rat; Standpunkt zu Hilfen für den Übergang zu einer CO2-freien Wirtschaft

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten einigten sich am 21.10.2020 auf den Standpunkt des Rates zu der neuen Darlehensfazilität des öffentlichen Sektors, die als dritte Säule im Rahmen des Mechanismus für den Gerechten Übergang geschaffen werden soll (vgl. BaB 11/2020). Sie soll Investitionen des öffentlichen Sektors in den Regionen unterstützen, die am stärksten vom Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft betroffen sind. Als Finanzierungspartner wird die Europäische Investitionsbank voraussichtlich Darlehen in Höhe von 10 Mrd. EUR bereitstellen, die Investitionen in Höhe von bis zu 30 Mrd. EUR mobilisieren sollen. Der Rat fordert in seinem Standpunkt u. a., dass keine Aktivitäten unterstützt werden sollen, die generell vom Anwendungsbereich des Fonds für einen gerechten Übergang ausgenommen sind, wie etwa Investitionen im Bereich der Kernenergie.

<https://www.consilium.europa.eu/media/46490/st11789-en20.pdf>

EuGH; Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-537/19 Kommission gegen AUT zur Anmietung eines noch nicht errichteten Gebäudes

Generalanwalt Campos Sánchez-Bordona hat am 22.10.2020 seine Schlussanträge in einem Vertragsverletzungsverfahren der Kommission gegen AUT zur Umgehung der Ausschreibung bei einer öffentlichen Auftragsvergabe vorgelegt. Dabei geht es um die Frage, ob die öffentliche Einrichtung der Stadt Wien „Stadt Wien-Wiener Wohnen“ (nachfolgend Wiener Wohnen) den am 25.05.2012 unterzeichneten „Mietvertrag“ über das Bürogebäude „Gate 2“ in Wien nur nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung hätte abschließen dürfen. Er kommt darin zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der zur Auslegung von Art. 16 Buchst. a der Richtlinie 2004/18/EG über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Bauaufträge, Lieferaufträge und Dienstleistungsaufträge ergangenen Rechtsprechung des EuGH sich das Handeln von Wiener Wohnen nach dem für öffentliche Bauaufträge vorgesehenen Vergabeverfahren hätte richten müssen, da es sich in Wirklichkeit um einen öffentlichen Bauantrag gehandelt habe und nicht um einen Mietvertrag. Er gibt damit der Klage der Kommission gegen AUT statt.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=88FB71D1853D6F9D33442B1D2AD653F2?text=&docid=232742&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=10377895>

Rat; Informelle Videokonferenz der Ministerinnen und Minister für Wettbewerbsfähigkeit am 23.10.2020

Am 23.10.2020 fand eine informelle Videokonferenz der für Wettbewerbsfähigkeit zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten als auch der vier Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz) statt. Im Rahmen der Videokonferenz fand ein informeller Austausch zu dem Thema „Die EU-Industrie als Motor für Wirtschaftswachstum und Aufschwung in der EU: Innovationen für den grünen und digitalen Übergang und gleiche Wettbewerbsbedingungen“ statt. Dabei wurden aktuelle Themen der europäischen Industrie- und Wettbewerbspolitik diskutiert, wie u.a. über den Vorschlag der Kommission für ein neues, im Wettbewerbsrecht verankertes Instrument für gleiche Wettbewerbsbedingungen bezüglich ausländischer Subventionen. Es ging dabei auch über die Bedeutung der europäischen Industrie für die wirtschaftliche Erholung während der COVID-19-Pandemie, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch engagierte Förderung und vermehrte Anwendung innovativer und zukunftsweisender Technologien sowie die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts in der globalisierten Welt.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/artikel/treffen-eu-ministerinnen-wettbewerbsfaehigkeit/2408546>

Kommission; Eurobarometer-Umfrage zeigt wirtschaftliche Lage als größte Sorge der Bürgerinnen und Bürger der EU auf

Die Kommission hat am 23.10.2020 die Ergebnisse ihrer neuesten Standard Eurobarometer-Umfrage (vom Sommer 2020) veröffentlicht. Das Vertrauen in die EU ist seit Herbst 2019 mit 43% stabil geblieben. Die Sorge über die wirtschaftliche Lage ist aber auf dem höchsten Stand seit 2014. 64% der Europäer denken, dass die aktuelle Wirtschaftslage „schlecht“ ist und 42% der Europäer glauben, dass sich die Wirtschaft ihres Landes von den negativen Auswirkungen des Corona Pandemie „im Jahr 2023 oder später“ erholen wird. Die Europäer sind geteilter Meinung über die Maßnahmen, die die EU-Organe zur Bekämpfung der Corona Pandemie ergriffen haben (45% sind zufrieden und 44% sind unzufrieden). Allerdings ist in 19 Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten mit den Maßnahmen zufrieden. Das Vertrauen der Deutschen in die EU bleibt weiterhin stabil. Sie nennen die wirtschaftliche Lage, den Zustand der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten und die Einwanderung als die drei dringendsten Anliegen auf EU-Ebene.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201023-eurobarometer-umfrage_de

Kommission; Bericht über Marktverzerrungen in Russland

Die Kommission hat am 23.10.2020 einen Bericht über erhebliche, staatlich verursachte Verzerrungen in der russischen Wirtschaft veröffentlicht. Der Bericht ist Teil des Handelsschutzverfahrens der EU und Grundlage für Antidumpinguntersuchungen, die europäische Unternehmen vor unfairem Handel schützen sollen. Der Bericht konzentriert sich auf die Makroökonomie, die wichtigsten Produktionsfaktoren wie Arbeit und Energie sowie auf bestimmte spezifische Wirtschaftszweige wie Stahl, Aluminium und Chemikalien in Russland. Die Erkenntnisse aus dem Bericht können für weitere Anti-Dumping-Untersuchungen genutzt werden. Dies ist der zweite Bericht, den die Kommission nach der Einführung der neuen Anti-Dumping-Methode im Jahr 2017 erstellt hat. Der erste Bericht wurde von der Kommission Ende 2017 vorgelegt und bezog sich auf China.

Kommission; Fahrplan für eine Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen veröffentlicht

Die Kommission veröffentlichte am 23.10.2020 ihren Fahrplan zu der für das zweite Quartal 2022 geplanten Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen. Bis zum 20.11.2020 besteht die Möglichkeit einer Rückmeldung, insbesondere zur Folgenabschätzung. Im Anschluss ist eine öffentliche Konsultation geplant. Die gegenwärtig geltende Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen läuft am 31.05.2022 aus. Mit der Gruppenfreistellungsverordnung werden Vereinbarungen von Unternehmen, die auf verschiedenen Ebenen derselben Lieferkette tätig sind, freigestellt. Da die Rahmenbedingungen für Unternehmen sich insbesondere aufgrund der Zunahme des elektronischen Handels geändert haben, bezweckt diese Initiative aus Sicht der Kommission eine Überarbeitung der Vorschriften, um aktuelle Orientierungshilfen bereitzustellen und um den veränderten Bedürfnissen der Unternehmen im Einklang mit den Wettbewerbsvorschriften gerecht zu werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12636-Revision-of-the-Vertical-Block-Exemption-Regulation>

EuGH; Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtsmittelsache C-453/19 P Deutsche Lufthansa gegen die Kommission

Am 27.10.2020 legte der Generalanwalt Maciej Szpunar im Verfahren Deutsche Lufthansa AG gegen die Kommission (Rechtssache C- 453/19 P) seine Schlussanträge vor. Bei dem Rechtsstreit geht es um staatliche Beihilfen von fast 50 Mio. EUR, die in den Jahren 2001 bis 2012 an die Flughafen Hahn GmbH gezahlt worden waren, sowie um einen Vertrag mit dem Billigflieger Ryanair über Flughafenentgelte. Der Generalanwalt schlägt dem EuGH vor, die von Lufthansa vorgebrachten Argumente gegen die Kommissionsgenehmigung der staatlichen Beihilfen an den Flughafen Frankfurt-Hahn zurückzuweisen. Lufthansa habe seine individuelle Betroffenheit nicht ausreichend nachgewiesen. Insbesondere genüge aus Sicht des Generalanwalts nicht der pauschale Verweis darauf, dass Ryanair Vergünstigungen erhalten habe und sich aus den Vergünstigungen zwangsläufig eine spürbare Beeinträchtigung der Lufthansa ergebe.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=232961&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=10231413>

Rat; EP; politische Einigung über die überarbeitete Durchsetzungsverordnung zu Handelsrechten

Rat und EP haben sich am 28.10.2020 auf eine überarbeitete Durchführungsverordnung geeinigt. Ziel dieser Verordnung ist es, die Handelsinteressen und -rechte der EU vor dem Hintergrund der derzeitigen Blockade des Streitbeilegungssystems der Welthandelsorganisation (WTO) besser zu schützen. Die Verordnung stellt auch sicher, dass die EU ihre Handelsrechte durchsetzen kann, wenn einer ihrer Partner den normalen Streitbeilegungsmechanismus im Rahmen bilateraler Verträge blockiert. Der Rat muss der Verordnung noch formal mit qualifizierter Mehrheit zustimmen.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/10/28/trade-eu-reaches-political-agreement-on-updated-enforcement-regulation/>

Rat; Schlussfolgerungen zu einem Pandemie-Notfallplan für den Güterverkehrssektor verabschiedet

Der Rat hat am 23.10.2020 „Schlussfolgerungen zu politischen Überlegungen hinsichtlich eines Notfallplans für den europäischen Güterverkehr im Fall einer Pandemie oder anderer schwerer Krisensituationen“ angenommen. Die Kommission wird darin aufgefordert, rasch einen solchen Notfallplan für den europäischen Güterverkehrssektor auszuarbeiten. Ein solcher Plan soll nach den Vorstellungen des Rates Maßnahmen zur Gewährleistung der Koordinierung auf EU-Ebene und klare Leitlinien enthalten. Der Rat ermutigt die Kommission, gegebenenfalls den Notfallplan ganz oder teilweise auf den Personenverkehr und den Verkehr im Allgemeinen auszuweiten. Die Kommission soll außerdem einen spezifischen Rahmen für befristete staatliche Beihilfen für den Verkehrssektor ausarbeiten, damit dieser bei schweren Krisen schnell unterstützt werden kann.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12060-2020-INIT/de/pdf>

Rat; Informelle Videokonferenz der Verkehrsminister am 29.10.2020

Unter der Überschrift: „Smart Deal for Mobility - mit Digitalisierung die Mobilität der Zukunft gestalten nachhaltig, sicher und effizient“ beschlossen die EU Verkehrsminister unter deutschem Vorsitz auf ihrem virtuellen informellen Ratstreffen die „Passauerklärung“ zur Zukunft der Mobilität in Europa. In der Erklärung betonen die Minister, dass Mobilität Teil der persönlichen Freiheit und ein Grundbedürfnis aller Europäer sei; der freie Warenverkehr ein Schlüsselement für das Funktionieren des EU-Binnenmarktes und für die Handelsbeziehungen mit unseren Partnern unverzichtbar sei. Die EU Verkehrsminister bringen in ihrem Beschluss zum Ausdruck, dass intelligente Digitalisierung große Chancen für zukunftssichere Mobilität bietet und dabei helfen wird, die im Pariser Klimaschutzabkommen festgelegten Ziele zu erreichen.

https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/passauer-erklaerung-de.pdf?__blob=publicationFile

EuGH; Urteil vom 28.10.2020 (RS C-321/19) zur Berechnung der LKW-Maut in DEU

Mit Urteil vom 28.10.2020 stellt der Gerichtshof fest, dass die Richtlinie den Mitgliedstaaten, die auf dem transeuropäischen Straßennetz Mautgebühren einführen oder beibehalten, die genaue und unbedingte Verpflichtung auferlegt, bei der Festsetzung der Mautgebühren ausschließlich die „Infrastrukturkosten“, d. h. die Baukosten und die Kosten für Betrieb, Instandhaltung und Ausbau des betreffenden Verkehrswegenetzes, zu berücksichtigen. Zu der Frage, ob die Kosten der Verkehrspolizei unter den Begriff der Kosten für den Betrieb fallen und als solche in die Berechnung der Mautgebühren einfließen können, stellt der Gerichtshof sodann fest, dass mit diesem Begriff die Kosten gemeint sind, die durch den Betrieb der betreffenden Infrastruktur entstehen. Polizeiliche Tätigkeiten fallen aber in die Verantwortung des Staates, der dabei hoheitliche Befugnisse ausübt und nicht lediglich als Betreiber der Straßeninfrastruktur handelt. Die Kosten der Verkehrspolizei können daher nicht als Kosten für den Betrieb im Sinne der Richtlinie angesehen werden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=233009&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=11531455>

Kommission; Konsultation zum Entwurf für eine Durchführungsverordnung für die Anforderungen an die Flugsicherheit

Die Kommission stellt für die Zeit vom 23.10. bis 20.11.2020 den Entwurf einer geplanten Durchführungsverordnung zu aktualisierten Anforderungen hinsichtlich der Alterung der Strukturen von Luftfahrzeugen zur Konsultation. Ziel ist es, eine Korrektur der Anforderungen an die Generierung von Schadenstoleranzdaten für in Betrieb befindliche Luftfahrzeuge und Sitze zu bekommen, damit sichergestellt ist, dass diese Daten nur auf Anforderung der Betreiber generiert werden, und eine Änderung der Anforderungen an Sitze in Luftfahrzeugen, deren Lufttüchtigkeitszeugnis aufgrund von COVID-19 bedingten Produktionsverzögerungen (nach dem geplanten Datum 18.02.2021) verzögert ausgestellt wird. Dadurch wird vermieden, dass die Anforderungen entsprechend dem jeweiligen dynamischen Zustand des Luftfahrzeugs angepasst werden müssen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12589-Modifications-of-requirements-related-to-ageing-structures-of-aircraft-in-service-and-to-seats-of-aircraft-in-production>

Energie

Kommission; Veröffentlichung des Berichts zur Lage der Energieunion 2020 zusammen mit einer Analyse der Energiesubventionen und zum Stand des EU-Energiebinnenmarkts

Die Kommission legte am 14.10.2020 ihren jährlichen Bericht zur Lage der Energieunion 2020 vor. Der diesjährige Bericht ist der erste seit der Annahme des europäischen Grünen Deals und beleuchtet den Beitrag der Energieunion zu den langfristigen Klimazielen Europas. Der Bericht enthält Einzelbewertungen der 27 nationalen Energie- und Klimapläne (NECP) zu den Pfaden und die Ambitionen jedes Mitgliedstaats im Hinblick auf die derzeitigen Klima- und Energieziele für 2030. Die Gesamtbewertung zeigt aus Sicht der Kommission, dass die Mitgliedstaaten in der Lage sind, diese Ziele zu erreichen und dabei zumeist gute Fortschritte machen. Zudem beschreibt der Bericht, welchen Beitrag der Energiesektor zur Überwindung der durch COVID-19 verursachten Wirtschaftskrise leisten kann. Die Energieunion hätte sich bislang angesichts der für unsere Energiesysteme und die Arbeitskräfte im Energiebereich durch die Pandemie entstandenen Herausforderungen als robust erwiesen. Als Anhang enthält der Bericht erstmalig eine Analyse der Energiesubventionen. Aus dem ergibt sich laut Kommission vor allem, dass bessere Daten über Energiesubventionen benötigt werden und größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Subventionen, die Erzeugung und Verbrauch fossiler Brennstoffe fördern, zu verringern. In einem zweiten Anhang geht es um die Darstellung des Stands zur Umsetzung des EU-Energiebinnenmarkts.

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/report_on_the_state_of_the_energy_union_com2020950.pdf

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/annex_to_the_report_of_the_state_of_energy_union.pdf

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/progress_on_internal_energy_market.pdf

Kommission; Veröffentlichung eines Berichts über die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energie

Die Kommission legte am 14.10.2020 auch einen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit sauberer Energie vor. Der Schwerpunkt dieses Berichts liegt auf sechs zentralen sauberen Energietechnologien, mit denen die EU ihre Ziele für 2030

und 2050 erreichen will: Photovoltaik, Offshore-Windenergie, Meeresenergie, erneuerbarer Wasserstoff, Batterien und intelligente Stromnetze.

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/report_on_clean_energy_competitiveness_com_2020_953.pdf

Kommission; Bericht über Energiepreise und -kosten

Die Kommission legte am 14.10.2020 ihren jährlichen Bericht über die Energiepreise- und Kosten in der EU und weltweit. Dieser Bericht befasst sich ausführlich mit Energiepreisen und Kostenentwicklungen in Europa und der Welt, wobei hervorgehoben wird, dass der Anteil, den die privaten Haushalte für Energie ausgeben, seit 2012 für alle Einkommensgruppen gesunken ist.

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/report_on_energy_prices_and_costs_in_europe_com_2020_951.pdf

Kommission; Fortschrittsbericht zur Energieeffizienz

Die Kommission legte am 14.10.2020 auch ihren Fortschrittsbericht zur Energieeffizienz vor. Der Bericht befasst sich mit den Fortschritten bei der Verwirklichung des langfristigen Energieeffizienzziels. Eine vorläufige Analyse zeigt zwar, dass die COVID-19-Krise erhebliche Auswirkungen auf die Energienachfrage hatte, aber die Mitgliedstaaten werden ihre Anstrengungen verstärken müssen, um eine positive Entwicklung aufrechtzuerhalten.

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/progress_report_towards_the_implementation_of_the_energy_efficiency_directive_com2020954.pdf

Kommission; Fortschrittsbericht zu den erneuerbaren Energien

Die Kommission legte am 14.10.2020 auch einen Fortschrittsbericht zu erneuerbaren Energien vor. In dem Bericht wird hervorgehoben, dass der Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix der EU-27 18,9% erreicht hat, und dass die EU voraussichtlich ihre Zielvorgaben für erneuerbare Energien für 2020 übertreffen wird.

https://ec.europa.eu/energy/sites/ener/files/renewable_energy_progress_report_com_2020_952.pdf

Digital

Kommission; Förderung des Mobilfunkausbaus in Hessen genehmigt

Die Kommission hat am 29.10.2020 bekannt gegeben, die beihilfenrechtliche Genehmigung für den hessischen Mobilfunkpakt erteilt zu haben. Die Landesregierung hatte in der vergangenen Legislaturperiode mit drei deutschen Mobilfunkanbietern den sog. Mobilfunkpakt unterzeichnet, der den Ausbau der mobilen digitalen Infrastruktur und damit eine bessere Mobilfunkversorgung in Hessen ermöglichen soll. Das Land hat für die Schließung der sog. „weißen Flecken“ 50 Mio. EUR bereitgestellt. Der Beginn der Förderung setzt den nun erfolgten Abschluss des beihilferechtlichen Notifizierungsverfahren bei der Kommission voraus. Die Förderung umfasst den Aufbau passiver Infrastruktur (Stromanschlüsse, Leitungen, Masten) für Mobilfunkdienste (Sprache und mobile Daten). Ziel der Regelung ist die Bereitstellung von mindestens 4G-Fähigkeiten in Gebieten, in denen derzeit keine Mobilfunkdienste verfügbar sind, und in denen innerhalb der nächsten drei Jahre keine Investitionen privater Unternehmen zu erwarten sind. Die hessischen Kommunen, in denen die betreffenden Gebiete liegen, erhalten Mittel in Form von direkten Zuschüssen oder Darlehen, um die Infrastruktur entweder selbst zu errichten oder deren Bau oder Betrieb an Dritte aususchreiben. Die Nutzung der geförderten Infrastruktur wird allen

interessierten Mobilfunknetzbetreibern („MNOs“) zu gleichen und nichtdiskriminierenden Bedingungen offenstehen. Die Kommission begründete ihre Entscheidung damit, dass die Beihilferegelung zur Verwirklichung des Konnektivitätsziels der EU beiträgt, den Zugang zu Mobilfunkdiensten im gesamten EU-Gebiet an allen Orten, an denen Menschen leben und arbeiten, einschließlich abgelegener ländlicher Gebiete, zu ermöglichen. Gleichzeitig trage die Regelung dazu bei, Ungleichheiten und die digitale Kluft im Land Hessen zu verringern. Auf dieser Grundlage hat sie die Maßnahme nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_20_2006

Kommission; Studie zum Fortschritt beim Breitbandausbau 2019 in Europa

Die Kommission hat am 16.10.2020 eine Studie über die Fortschritte beim Breitbandausbau in Europa veröffentlicht. Untersucht wird, inwieweit die Mitgliedstaaten und andere Länder im vergangenen Jahr ihre spezifischen Ziele für die Breitbandversorgung, namentlich „universelle Breitbandversorgung mit Geschwindigkeiten von mindestens 30 Megabits pro Sekunde (Mbps) bis 2020“ und „50% der Haushalte sollten bis 2020 Breitbandabonnements von 100 Mbps oder mehr“ erreicht haben. Untersucht wurde der Stand des Breitbandausbaus in 31 Ländern – neben der EU-27 auch GBR, Norwegen, Island und die Schweiz. Die Studie analysiert die Verfügbarkeit von neun Breitbandtechnologien in jedem Markt auf nationaler und regionaler Ebene. Darüber hinaus werden verschiedene Kombinationskategorien veröffentlicht, die die Verfügbarkeit einer oder mehrerer Formen von Breitbandanschlüssen angeben. Diese umfassen die Gesamtverfügbarkeit fester Breitbandverbindungen, die Verfügbarkeit des Zugangs der nächsten Generation (NGA) und die Gesamtverfügbarkeit von Netzwerken mit sehr hoher Kapazität. Die Studie gibt einen europaweiten Überblick, enthält Ländervergleiche und zeigt Trends im Jahresvergleich. Darüber hinaus enthält sie Kapitel zur Lage in den einzelnen Ländern.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/broadband-coverage-europe-2019>

Kommission; neue interne Strategie für Open Source Software

Die Kommission hat am 21.10.2020 eine neue interne Strategie zur verstärkten Nutzung von Open Source Software innerhalb der Kommissionsdienststellen verabschiedet. Mit der Strategie unter dem Titel „Think Open“ für den Zeitraum 2020-2023 verpflichtet sie sich, bei den Informationstechnologien sowie in anderen strategischen Bereichen verstärkt Open Source Software einzusetzen sowie Software, Daten und Informationen gemeinsam zu nutzen und einen integrativen öffentlichen Dienst aufzubauen. Die Kommission verweist darauf, dass Open Source Software dem Wesen der öffentlichen Verwaltung entspreche: der Code sei öffentlich, weshalb öffentliche Gelder gut verwendet würden; es sei leicht, Softwarelösungen (wieder-)zu verwenden, was die Effizienz erhöhe, und neue Funktionen könnten leicht hinzugefügt werden, so dass jeder profitieren könne. Die Open Source-Strategie unterstütze, so die Kommission, ihre Ziele zur radikalen Umgestaltung durch Vereinfachung und Rationalisierung von Prozessen innerhalb der Behörde. Sie werde dazu beitragen, kollaborative Arbeitsmethoden zum De-facto-Standard für die Arbeit der Kommission intern und mit anderen Organen zu machen. Die Kommission plant die Einrichtung von Open Source Innovationslabors, die Beseitigung des Verwaltungsaufwands für die Veröffentlichung von Open Source Software, die Entwicklung von Fähigkeiten im Bereich der Open Source Software und die Rekrutierung von Talenten sowie die Ausweitung ihrer Reichweite auf verschiedene Gemeinschaften.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/de_ec_open_source_strategy_2020-2023.pdf

Rat; Brief von 15 Mitgliedstaaten zu Desinformationen betreffend 5G-Ausbau

Auf Initiative von POL hat eine Gruppe von 15 Mitgliedstaaten die Kommission am 19.10.2020 aufgefordert, eine Kommunikationsstrategie zur Bekämpfung von Desinformation im Zusammenhang mit 5G-Netzen zu erarbeiten. Die Staaten warnen davor, dass Vandalismus gegen Telekommunikationsinfrastrukturen und die zunehmenden Desinformationen nicht nur der Wirtschaft der betroffenen Länder schaden, sondern auch die ambitionierten EU-Ziele für den 5G-Ausbau gefährden. In dem an die Vizepräsidentinnen der Kommission, Margrethe Vestager und Věra Jourová, sowie an den Binnenmarktkommissar Thierry Breton adressierten Schreiben fordern sie die Kommission auf, eine Kommunikationsstrategie zu entwickeln, um verlässliche Informationen über elektromagnetische Felder und 5G-Technologie zu verbreiten und gegen Verschwörungstheorien vorzugehen, die bereits zu Brandanschlägen gegen Funkmasten geführt haben (v.a. in GBR und NDL). Die Mitgliedstaaten bräuchten noch in diesem Jahr Unterstützung gegen die zunehmenden Aktivitäten und Desinformationen gegen 5G und elektromagnetische Felder. Gleichzeitig wird anerkannt, dass die Sorgen der Menschen hinsichtlich von 5G ernst genommen werden müssten. Zum Aufbau von Vertrauen sei eine breite und inklusive Debatte notwendig; hierfür seien gemeinsame Maßnahmen notwendig. Der Brief wurde von AUT, BUL, KRO, CZE, CYP, EST, FIN, GRI, LET, LIT, LUX, POL, PRT, SLO und SWE unterzeichnet.

Kommission; EU-Investitionsfonds für Künstliche Intelligenz und Blockchain

Die Kommission hat am 27.10.2020 bekannt gegeben, dass der Europäische Investitionsfonds (EIF) mit Risikokapitalfonds in AUT, FIN, DEU, LUX und den NDL Vereinbarungen unterzeichnet hat, die die Entwicklung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz und Blockchain-Technologien mit 700 Mio. EUR unterstützen sollen. Insbesondere Anwendungen in den Bereichen intelligente Städte, Automatisierung, Sprache und maschinelles Lernen sowie Cybersicherheit sollen gefördert werden. Die Vereinbarungen sind die ersten sechs Eigenkapitalvereinbarungen mit Risikokapitalfonds, die im Rahmen des neuen InnovFin-Pilotprojekts „Künstliche Intelligenz und Blockchain“ unterzeichnet wurden. Der EIF wird dabei vom Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) unterstützt. „InnovFin – EU-Mittel für Innovationen“ ist eine gemeinsame Initiative der Europäischen Investitionsbank-Gruppe (Europäische Investitionsbank - EIB - und EIF) und der Kommission für das Programm Horizont 2020. InnovFin soll innovativen Unternehmen und Einrichtungen in Europa leichter und schneller Zugang zu Kapital ermöglichen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_1991

EP; interparlamentarische Ausschusssitzung zum Thema Gesetzgebung im digitalen Zeitalter

Am 27.10.2020 hat der EP-Rechtsausschuss eine interparlamentarische Ausschusssitzung zu dem Thema „Bessere Rechtsetzung aus einer digitalen Perspektive“ durchgeführt. Abgeordnete der nationalen Parlamente von DNK, EST und FRA schilderten ihre Erfahrungen mit der Digitalisierung in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung und der parlamentarischen Prozesse. In der Aussprache wurde deutlich, dass einige Länder bereits stark auf die digitale Verwaltung setzen, insbesondere EST. Als Herausforderungen wurden u.a. die digitalen Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger, der Datenschutz und die Cybersicherheit genannt. Die Kommission wies darauf hin, dass sie die Digitalisierung seit Jahren vorantreibe, die Pandemie aber auch die Grenzen des bisher Erreichten aufgezeigt habe – durch die Schließung von Behörden während der Pandemie konnten Bürgerinnen und Bürger nicht immer ihre Rechte durchsetzen. Künftig müsse bei Gesetzesvorhaben immer die Digitalisierung „mitgedacht“ werden.

F o r s c h u n g

Rat; Forschung; Forschungsfreiheit in Europa; Forschungsraum

Auf Einladung der deutschen Ratspräsidentschaft sind am 20.10.2020 die EU-Forschungsminister in einer hybriden Konferenz in Bonn zu Beratungen über den europäischen Forschungsraum (ERA) zusammengekommen. Die Ratsdelegationen tauschten sich auch zur aktuellen Lage der Forschungsfreiheit aus. Mit dem Ziel der Stärkung der Forschungsfreiheit wurde die „Bonner Erklärung“ auf den Weg gebracht. Darin verpflichten sich die unterzeichnenden Mitgliedstaaten, die Freiheit der Wissenschaft und den kritischen Diskurs vor staatlichen Eingriffen zu schützen. Die Lage der Forschungsfreiheit in der EU soll laut der Erklärung regelmäßig überprüft werden. Zudem wollen die Unterzeichnenden die Freiheit und Sicherheit der einzelnen Akteure in der Wissenschaft garantieren. Der deutsche Ratsvorsitz möchte erreichen, dass sich bis Ende des Jahres alle EU-Mitgliedsstaaten für einen verbesserten Schutz der Forschungsfreiheit aussprechen. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek erklärte, die Wissenschaftsfreiheit sei weltweit, aber auch in Europa gefährdet. Forscherinnen und Forscher würden „auf das Übelste beschimpft, denunziert und bedroht“. Dadurch sollten sie „mundtot“ gemacht werden, „weil ihre Aussagen dem Meinungsbild derer, die sie angreifen, widersprechen“. Die Gesellschaft sei aber auf die Wissenschaft angewiesen, etwa bei den Anstrengungen um den Klimaschutz, oder um die Corona-Pandemie in den Griff zu bekommen, so die Ministerin. Gleichzeitig wird in der Erklärung auch an die Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft im Hinblick auf ethische Leitlinien sowie Transparenz, Klarheit und Verständlichkeit der Vermittlung von Forschungsergebnissen erinnert. Ministerin Anja Karliczek erklärte: „Uns geht es darum, dass der Europäische Forschungsraum nicht abstrakt bleibt, keine Idee nur für Eingeweihte.“

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/pressemitteilungen/forschungsraum-eu-forschungsminister-konferenz-bonn/2408162>

Kommission; Europäischer Forschungsrat; Besetzung des Vorsitzes

Die Generaldirektion Forschung der Kommission hat vor kurzem ein unabhängiges Gremium zur Findung der künftigen Leitung des Europäischen Forschungsrates (ERC) eingesetzt. Den Vorsitz führt die frühere Präsidentin des ERC, Prof. Helga Nowotny. Neben ihr gehören sechs weitere bekannte Persönlichkeiten aus der Forschung der Findungskommission an. Das Gremium hat das Mandat, eine Liste mit drei Empfehlungen für die Kommission zu erarbeiten. Diesbezüglich können alle Akteure aus der europäischen Forschungswelt Vorschläge einreichen. Auch Eigenbewerbungen sind möglich. Die Einreichungs- bzw. Bewerbungsfrist endet am 20.11.2020. Das Amt des ERC-Präsidenten ist vakant, nachdem Prof. Mauro Ferrari im Frühjahr 2020 nach nur wenigen Monaten von seinem Posten zurückgetreten war. Ferrari hatte seinen Rücktritt medienwirksam kommuniziert und Kritik am ERC geübt. Seitdem übt dessen Vorgänger, Prof. Jean-Pierre Bourguignon, das Amt kommissarisch bis zur Findung eines neuen Präsidenten.

https://ec.europa.eu/info/news/commission-appoints-independent-search-committee-and-invites-nominations-and-applications-fill-post-next-president-european-research-council-2020-oct-09_en

Finanzdienstleistungen

Rat; Rat legt Standpunkt zum Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte fest

Der Rat hat sich am 21.10.2020 auf einen Standpunkt zum Maßnahmenpaket für die Erholung der Kapitalmärkte geeinigt. Das Paket enthält gezielte Änderungen der EU-Kapitalmarktregeln. Es soll Unternehmen in der EU bei der Kapitalbeschaffung auf öffentlichen Märkten unterstützen, die Kreditvergabekapazität von Banken fördern und Investitionen in die Realwirtschaft ankurbeln. Die Kommission hatte das Paket Ende Juli 2020 vorgelegt. Konkret bezieht sich das Maßnahmenpaket auf die Finanzmarktrichtlinie (MiFID II), die Prospektverordnung und auf den in der Verbriefungsverordnung und in der Eigenmittelverordnung festgelegten Rahmen für Verbriefungen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/21/capital-markets-recovery-package-council-agrees-its-position/>

Kommission; Konsultation zu alternativen Investmentfonds gestartet

Die Kommission hat am 22.10.2020 eine öffentliche Konsultation zu der Frage eingeleitet, wie der Markt für alternative Investmentfonds (AIF) in der EU effizienter, effektiver und wettbewerbsfähiger gestaltet werden kann. Durch die Konsultation sollen Rückmeldungen von Stakeholdern eingeholt werden, um so die allgemeine Funktionsweise und Wettbewerbsfähigkeit der AIF-Branche in der EU zu verbessern und somit zu einem gut funktionierenden Umfeld für Anleger beizutragen und gleichzeitig die Stabilität des gesamten Finanzsystems zu gewährleisten. Die Rückmeldungsfrist läuft bis zum 29.01.2021.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201022-konsultation-eu-markt-alternative-investmentfonds_de#:~:text=Zu%20den%20alternativen%20Investmentfonds%20geh%C3%B6ren,Handelsvolumen%20auf%20den%20Finanzm%C3%A4rkten%20verantwortlich.

EZB; Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken im EUR-Währungsgebiet im Oktober 2020

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 27.10.2020 die Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken im EUR-Währungsgebiet für das dritte Quartal 2020 veröffentlicht. Danach haben sich die Kreditstandards – d.h. die internen Kreditvergaberichtlinien der Banken – im dritten Quartal 2020 in allen Kreditkategorien (Unternehmenskredite, Wohnungsbau- und Verbraucherkredite sowie sonstige Kredite an private Haushalte) verschärft. Die Banken bezeichneten die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftsaussichten, das gestiegene Kreditrisiko der Kreditnehmer und eine geringere Risikotoleranz als relevante Faktoren für die Verschärfung ihrer Kreditstandards. Für das vierte Quartal 2020 erwarten die Banken, dass sich die Nettonachfrage nach Unternehmenskrediten wieder erholen wird. Sie prognostizieren, dass die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten zurückgeht, während die Nachfrage nach Verbraucherkrediten nach Einschätzung der Banken im vierten Quartal 2020 steigen wird.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.pr201027~da272988b3.en.html>

EuGH; Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-425/19 P

Generalanwalt Tanchev hat am 29.10.2020 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-425/19 P Kommission / ITL, Banca Popolare di Bari SCpA, Fondo interbancario di tutela dei depositi, Banca d'Italia vorgelegt. Darin schlägt Tanchev dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vor, das Rechtsmittel der Kommission zurückzuweisen und das Urteil des Europäischen Gerichts (EuG) vom 19.03.2019 zu bestätigen. Eine der Klägerinnen des Verfahrens, die Banca Popolare di Bari hatte im Jahr 2013 die Zeichnung einer Kapitalerhöhung für die unter staatliche Sonderverwaltung stehende Banca Tercas (Tercas) unter anderem von der vollständigen Abdeckung des Vermögensdefizits der Bank durch das italienische Einlagensicherungssystem (FITD) abhängig gemacht. 2014 entschied der FITD, das negative Eigenkapital von Tercas zu decken und ihr bestimmte Garantien zu gewähren. Diese Maßnahmen wurden von der Banca d'Italia genehmigt. Mit Beschluss vom 23.12.2015 kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass die in Rede stehenden Maßnahmen eine staatliche Beihilfe Italiens zugunsten von Tercas darstellen würden. U. a. ITL erhoben gegen diesen Beschluss Nichtigkeitsklage vor dem EuG. Mit Urteil vom 19.03.2019 stellte das EuG fest, dass die Kommission zu Unrecht angenommen habe, dass die Maßnahmen zugunsten von Tercas den Einsatz staatlicher Mittel voraussetzten und dem Staat zurechenbar seien. Es handele sich bei den fraglichen Maßnahmen somit nicht um die Gewährung einer staatlichen Beihilfe. Gegen dieses Urteil legte die Kommission Rechtsmittel vor dem EuGH ein. In seinen Schlussanträgen stimmt der Generalanwalt nunmehr der Rechtsauffassung des EuG zu. Das Gericht habe zu Recht angenommen, dass die in Streit stehenden Maßnahmen keine staatlichen Beihilfen darstellten.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-10/cp200135de.pdf>

F i n a n z e n

Eurostat; Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf -0,3% gesunken

Am 16.10.2020 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die jährlichen Inflationsraten. Im September 2020 lag die jährliche Inflationsrate im Euroraum bei -0,3%, gegenüber -0,2% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,8% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im September bei 0,3%, gegenüber 0,4% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,2% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in GRI (-2,3%), CYP (-1,9%) und EST (-1,3%) gemessen, die höchsten in POL (3,8%), HUN (3,4%), und CZR (3,3%). Im September kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,34%), gefolgt von Dienstleistungen (+0,24%), Industriegütern ohne Energie (-0,08%) sowie Energie (-0,81%). Die Inflationsrate in DEU betrug im September -0,4% zu -0,1% im August.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10663706/2-16102020-AP-DE.pdf/348d7796-6870-8958-23ff-cc4d46c3ef0c>

Kommission; Fiskalpolitische Ausrichtung des Euroraums mit Ideen zu einem dauerhaften „Wiederaufbaufonds“ und der Reform der Stabilitätsregeln

Der Europäische Fiskalausschuss (EFB) veröffentlichte am 20.10.2020 seinen Jahresbericht über die fiskalpolitische Ausrichtung des Euroraums im Jahr 2019. Darin wird insbesondere kritisiert, dass es viele Regierungen wiederholt versäumt hätten, in den vergangenen wirtschaftlich guten Zeiten Haushaltspuffer aufzubauen. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit einiger Länder, die wirtschaftlichen Auswirkungen der

Pandemie in diesem Jahr aufzufangen. Ferner kommt der Bericht zu dem Schluss, dass die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie die Aktivierung der allgemeinen Ausweichklausel des Stabilitäts- und Wachstumspakts gerechtfertigt habe. Diese ermöglichte es den Regierungen, auf die Krise so zu reagieren, wie sie es für richtig hielten. Gleichwohl sollten die Bedingungen für die Deaktivierung der Klausel bald überprüft werden. Zuletzt hebt der EFB mehrere Punkte hervor, die aus seiner Sicht in Zukunft verbessert werden müssen. Dies sei erstens die Notwendigkeit, eine echte und dauerhafte zentrale fiskalische Kapazität ähnlich dem Wiederaufbaufonds einzuführen. Zweitens sollen Anreize gesetzt werden, um wachstumsfördernde Staatsausgaben beizubehalten oder zu erhöhen. Drittens plädiert der EFB für einen reformierten und schlankeren Stabilitäts- und Wachstumspakt mit einer länderspezifischen Entschuldungsregel.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/efb_annual_report_2020_en_0.pdf

Eurostat; Anstieg des öffentlichen Schuldenstands im Euroraum auf 95,1% des BIP

Am 22.10.2020 veröffentlichte das statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) die Zahlen zum öffentlichen Schuldenstand im Euroraum und der EU. Am Ende des zweiten Quartals 2020, in dem die Auswirkungen der Eindämmungsmaßnahmen sowie die politischen Reaktionen darauf in einem erhöhten Finanzierungsbedarf voll zum Tragen kamen, belief sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP im Euroraum auf 95,1%, gegenüber 86,3% am Ende des ersten Quartals 2020. In der EU stieg die Quote von 79,4% auf 87,8%. Verglichen mit dem zweiten Quartal 2019 erhöhte sich der öffentliche Schuldenstand im Verhältnis zum BIP sowohl im Euroraum (von 86,2% auf 95,1%) als auch in der EU (von 79,7% auf 87,8%). Die starken Anstiege sind auf zwei Faktoren zurückzuführen: Starke Anstiege der Staatsverschuldung und sinkendes Bruttoinlandsprodukt (BIP). In DEU stieg der Schuldenstand im Verhältnis zum BIP von 61,1% im ersten Quartal 2020 auf 67,4% im zweiten Quartal 2020 an.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11442890/2-22102020-BP-DE.pdf/dae319c6-58a6-ff3c-1ff3-b22b808d4621>

Kommission; Initiative zur Überprüfung der MwSt-Regeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Am 22.10.2020 veröffentlichte die Kommission eine neue Initiative zur Überprüfung der Mehrwertsteuerregeln für Finanz- und Versicherungsdienstleistungen. Es geht dabei um Anpassungen im Rahmen der Mehrwertsteuersystemrichtlinie, die aus Kommissionssicht hinsichtlich Finanz- und Versicherungsdienstleistungen zu überarbeiten sei, da die Regeln aus dem Jahr 1977 stammen und daher mittlerweile weitgehend veraltet seien. Die derzeitigen Vorschriften würden als komplex und als in der Praxis schwierig anzuwenden angesehen. Insbesondere gelte dies, weil sie nicht mit der Entwicklung neuer Dienstleistungen im Finanzsektor Schritt gehalten hätten. Die Kommission nimmt bis zum 19.11.2020 Rückmeldungen zu ihrem Fahrplan für die Überprüfung entgegen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12671-Review-of-the-VAT-rules-for-financial-and-insurance-services>

Kommission; Vorschlag eines neuen „Single Window“ zur Modernisierung der Zollunion

Die Kommission hat am 28.10.2020 eine neue Initiative vorgeschlagen, die es den Behörden bei der Warenabfertigung erleichtern soll, elektronische Informationen auszutauschen. Durch die angestrebte Digitalisierung und Straffung des Verfahrens müssen Unternehmen die für die Ein- oder Ausfuhr von Waren erforderlichen

Dokumente künftig nicht mehr über verschiedene Portale bei mehreren Behörden einreichen. Mit der sogenannten „Single-Window-Umgebung der EU für den Zoll“ soll die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den verschiedenen Behörden verbessert und so die automatische Überprüfung von Nichtzollformalitäten für Waren, die in die oder aus der EU verbracht werden, erleichtert werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201028-single-window_de

EZB; Lagarde belässt Geldpolitik unverändert auf hohem Niveau

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) entschied in der Sitzung am 29.10.2020 die Leitzinsen und die Anleiheankäufe ohne Veränderung auf hohem Niveau zu belassen. Die Ankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) mit einem Umfang von insgesamt 1,35 Bio. EUR werden fortgesetzt. Auch wird das Programm zum Erwerb von Vermögenswerten (APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd. EUR weitergeführt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bleibt unverändert bei 0,00%, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 0,25% und der Einlagefazilitätzinssatz bei -0,50%. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis sich die Inflationsaussichten innerhalb des Projektionszeitraums robust auf ein Niveau angenähert haben, das ausreichend nahe bei, aber unter 2% liegt und sich diese Annäherung konsequent in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik niedergeschlagen hat.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp201029~4392a355f4.de.html>

S o z i a l e s

Kommission; Vorschlag für EU-Rahmen bei Mindestlöhnen unterbreitet

Die Kommission hat am 28.10.2020 einen Vorschlag für einen EU-Rahmen im Bereich Mindestlöhne vorgelegt. Ziel des Vorschlages ist es, in der EU zu angemessenen Mindestlöhnen beizutragen, deren Höhe sich an der jeweiligen nationalen Situation bemisst. Dabei hebt die Kommission hervor, dass weder in die Tarifautonomie eingegriffen werden soll, noch die Mitgliedstaaten (MS) zu der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes verpflichtet werden. Dabei soll die vorgeschlagene Richtlinie sicherstellen, dass Tarifverhandlungen in den MS gefördert werden und bestimmte Kriterien bei einer etwaigen gesetzlichen Festlegung herangezogen werden. Die Förderung der Tarifpartnerschaft soll hierbei in Form von Kapazitätsbildung bei den Sozialpartnern durch die MS erfolgen. Zur Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne haben die MS laut Kommissionvorschlag mindestens vier Aspekte zu berücksichtigen, um deren Angemessenheit zu gewährleisten: Die Kaufkraft, das allgemeine Lohnniveau, die Wachstumsrate der Bruttolöhne sowie die Entwicklung der Arbeitsproduktivität. Zudem umfasst der Vorschlag Regelungen zur Information der Arbeitnehmer, eine Datenerhebung sowie Maßnahmen bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei der die Einhaltung der tariflichen, bzw. gesetzlichen Mindestlöhne sichergestellt werden soll.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1968

EuGH; Urteil zu religiöser Überzeugung und grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen

Der EuGH verkündete am 29.10.2020 sein Urteil in der Rechtssache C-243/19 zur Inanspruchnahme von grenzüberschreitenden Gesundheitsdienstleistungen aufgrund religiöser Überzeugung. Geklagt hatte ein lettischer Bürger, dessen Sohn eine Operation am offenen Herzen bedurfte. Aufgrund seiner religiösen Überzeugung als Zeuge Jehovas bestand er jedoch auf eine Operation ohne Bluttransfusion, die jedoch in Lettland nicht angeboten wird. Daher hatte er diese in Polen vornehmen lassen. Die lettischen Gesundheitsdienste hatten eine EU-rechtlich vorgesehene Vorabgenehmigung aufgrund der medizinischen Behandlungsmöglichkeit im Inland verweigert, worin der Rechtsmittelführer eine religiöse Diskriminierung sah. In ihrem Urteil kommen die Richter zu dem Schluss, dass eine solche Weigerung der Vorabgenehmigung eine mittelbare Diskriminierung, die auf der Religion beruhe, sei. Zugleich könne eine Gleichbehandlung aller Patienten - ungeachtet der Religion und allein aufgrund medizinischer Kriterien – gerechtfertigt sein, wenn die daraus resultierende mittelbar auf der Religion beruhende Ungleichbehandlung dem Ziel diene, einen bestimmten Umfang der medizinischen und pflegerischen Versorgung oder ein bestimmtes Niveau der Heilkunde zu erhalten. Dafür müsse das vorlegende Gericht jedoch prüfen, ob diese Ungleichbehandlung verhältnismäßig ist und dabei berücksichtigen, inwiefern die Berücksichtigung der religiösen Überzeugungen der Patienten zu einer Gefahr für die Planung von Krankenhausbehandlungen im Versicherungsmitgliedstaat führe.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=233023&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=11526760>

Umwelt

Rat; Partielle Einigung über Europäisches Klimagesetz

Am 23.10.2020 hat sich der Umweltrat über große Teile des Vorschlags der Europäischen Kommission geeinigt. Die EU-Umweltminister lehnen delegierte Rechtsakte zur Anpassung des Zielpfads zur Erreichung der Klimaneutralität ab. Stattdessen fordern sie die Kommission auf, nach der ersten weltweiten Bestandsaufnahme gemäß dem Übereinkommen von Paris ein Zwischenziel für 2040 vorzuschlagen, nach jeder weiteren Bestandsaufnahme über die Anwendung des Europäischen Klimagesetzes Bericht zu erstatten und gegebenenfalls dessen Änderung vorzuschlagen. Vorerst ungeklärt bleibt der Standpunkt zur Aktualisierung des Ziels für die Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030, weil sich diesbezüglich der Europäische Rat auf seiner Dezember-Tagung noch auf Vorgaben einigen will.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/23/european-climate-law-council-reaches-agreement-on-large-parts-of-the-proposal/>

Rat; Schlussfolgerungen zur EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 verabschiedet

Der Umweltrat hat am 23.10.2020 die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 gebilligt. Die EU-Umweltminister begrüßen das Ziel, ein kohärentes Netz gut verwalteter Schutzgebiete einzurichten und mindestens 30% der Landfläche und 30% der Meere der EU zu schützen. Sie fordern die Kommission dazu auf die Biodiversitätsziele vollständig in andere Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft einzubeziehen. Außerdem wünschen sich die Minister, dass ein

erheblicher Teil der im Rahmen des Aufbauinstruments „Next Generation EU“ an Klimaschutzmaßnahmen gebundenen 30% Haushaltsmittel in die Erhaltung der biologischen Vielfalt investiert werden. Bei der Entwicklung eines neuen globalen Biodiversitätsrahmens der Vereinten Nationen im Jahr 2021 solle die EU mit gutem Beispiel vorangehen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/23/council-adopts-conclusions-on-the-eu-biodiversity-strategy-for-2030/>

Rat; Strengere Mindestqualitätsstandards für Trinkwasser

Am 23.10.2020 hat der EU-Umweltrat seinen Standpunkt in erster Lesung zur Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie förmlich festgelegt, zuletzt war mit dem Europäischen Parlament ein Kompromiss erzielt worden. Der Standpunkt beinhaltet die Einführung eines kosteneffizienten, risikobasierten Ansatzes für die Überwachung der Wasserqualität sowie die Verbesserung der Informationen von Verbraucherinnen und Verbrauchern über die Wasserqualität und des Zugangs zu Wasser. Zum Schutz der Gesundheit wurden Hygieneanforderungen für solche Materialien aufgenommen, die mit Trinkwasser in Berührung kommen, z.B. Leitungen. Über eine Beobachtungsliste soll die EU zudem besser auf neue Erkenntnisse über die Auswirkung von Umwelthormonen, Arzneimitteln und Mikroplastik auf die menschliche Gesundheit reagieren können.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/23/safe-and-clean-drinking-water-council-adopts-strict-minimum-quality-standards/>

Kommission; Biologische Vielfalt in Europa geht weiter drastisch zurück

Am 19.10.2020 hat die Kommission die Bewertung des Zustands der Natur in der EU vorgestellt, die sich auf einen ausführlichen Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) stützt. Demnach befinden sich 81 Prozent der geschützten Lebensräume in einem schlechten Zustand. Die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden wirke sich ebenso auf Lebensräume aus wie der Klimawandel und die übermäßige Ausbeutung von Tieren durch illegale Entnahme sowie unhaltbare Jagd- und Fischfangpraktiken. Vor diesem Hintergrund sei die vollständige Umsetzung der Ziele und Vorgaben, die in der Biodiversitätsstrategie und in der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vorgeschlagen werden, von grundlegender Bedeutung. Gezielte Erhaltungsmaßnahmen wie die Initiativen im Rahmen des EU-Programms LIFE, gezielte Agrarumweltprogramme im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik und das Natura-2000-Netz führten zwar zu Ergebnissen, allerdings müssten die Anstrengungen erheblich verstärkt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201019-lage-der-natur-europas_de

Kommission; Konsultation zu Änderungen der REACH-Verordnung

Vom 19.10. bis zum 16.11.2020 stellt die Kommission ihren Entwurf zur Änderung bestimmter Aspekte der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) zur öffentlichen Konsultation. Unklare Formulierungen sollen geklärt und Datenanforderungen aktualisiert werden, um endokrine Disruptoren, die schädliche Auswirkungen auf das Hormonsystem des Körpers haben können, leichter bestimmen und bewerten zu können.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/11993-Clarification-of-requirements-for-the-Registration-Evaluation-Authorisation-and-Restriction-of-Chemicals>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Vorschriften für Altfahrzeuge

Vom 22.10. bis zum 19.11.2020 stellt die Kommission ihren Fahrplan zur Überarbeitung der Richtlinie 2000/53/EG über Altfahrzeuge zur öffentlichen Konsultation. Die Initiative zielt darauf ab, dass die Verwendung gefährlicher Stoffe in Kraftfahrzeugen vermieden wird und die meisten Altfahrzeugteile und -materialien recycelt werden müssen. Dadurch sollen im Einklang mit dem Europäischen Grünen Deal die Konzeption und Herstellung von Autos nachhaltiger und die Sammlung, die Behandlung und das Recycling von Altfahrzeugen verbessert werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12633-Revision-of-EU-legislation-on-end-of-life-vehicles>

Kommission; Konsultation zu CO2-Standards für PKW und kleine Nutzfahrzeuge

Vom 29.10. bis zum 26.11.2020 stellt die Kommission ihren Entwurf eines Fahrplans zur Änderung der EU-Rechtsvorschriften über CO2-Emissionsnormen für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge zur öffentlichen Konsultation.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12655-Revision-of-the-CO2-emission-standards-for-cars-and-vans->

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung des Emissionshandelssystems

Vom 29.10. bis zum 26.11.2020 stellt die Kommission einen Fahrplan zur Aktualisierung der Richtlinie für das Emissionshandelssystem (EHS) zur öffentlichen Konsultation. Im Hinblick auf die von ihr vorgeschlagene Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% im Vergleich zu 1990 überprüft die Kommission alle einschlägigen Politikbereiche einschließlich des EHS. Hier schlägt sie dessen Ausweitung auf neue Wirtschaftszweige vor. Überprüft wird auch die 2018 eingeführte "Marktstabilitätsreserve" des EHS für den Umgang mit ungenutzten Emissionszertifikaten.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12660-Updating-the-EU-Emissions-Trading-System>

Kommission; Konsultation zur Aktualisierung der Lastenteilungsverordnung

Vom 29.10. bis zum 26.11.2020 stellt die Kommission einen Fahrplan zur Änderung der Lastenteilungsverordnung zur öffentlichen Konsultation. Im Hinblick auf die von ihr vorgeschlagene Verringerung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 55% im Vergleich zu 1990 überprüft die Kommission unter den einschlägigen Politikbereichen der EU. Das betrifft auch die Lastenteilungsverordnung, in der für jeden Mitgliedsstaat verbindliche Werte für die jährliche Verringerung der Treibhausgasemissionen in den Bereichen, die nicht vom Emissionshandelssystem abgedeckt werden, für den Zeitraum 2021 bis 2030 festgelegt sind.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12656-Updating-Member-State-emissions-reduction-targets-Effort-Sharing-Regulation-in-line-with-the-2030-climate-target-plan>

Kommission; Konsultation zu Integrierter Wasserbewirtschaftung

Vom 23.10.2020 bis zum 20.11.2020 stellt die Kommission ihren Fahrplan zum Erlass einer Richtlinie zur öffentlichen Konsultation, mit der die EU-Wassergesetzgebung im Hinblick auf die Listen von Schadstoffen in Oberflächengewässern und im Grundwasser überarbeitet werden soll. Damit soll neuen Erkenntnissen über chemische Verunreinigungen Rechnung getragen werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12662-Revision-of-lists-of-pollutants-affecting-surface-and-groundwaters>

Kommission; Konsultation zu besserem Zugang zu Gerichten im Umweltrecht

Vom 15.10. bis zum 10.12.2020 stellt die Kommission ihren Vorschlag für eine Verordnung zur öffentlichen Konsultation, mit welcher der Zugang von Einzelpersonen und Verbänden zu verwaltungsbehördlichen und gerichtlichen Überprüfungsverfahren auf EU-Ebene sowie zu nationalen Gerichten verbessert werden soll. Die geänderten Rechtsvorschriften sollen der Öffentlichkeit die Beanstandung des Handelns oder des Nichthandelns der Behörden im Bereich des Umweltrechts erleichtern.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12165-Access-to-Justice-in-Environmental-matters>

EP; EU-Parlament fordert bindende Maßnahmen gegen Entwaldung

In seiner Entschließung vom 22.10.2020 weist das EP darauf hin, dass rund 80% der weltweiten Entwaldung auf die Ausweitung der landwirtschaftlich genutzten Flächen zurückzuführen ist. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, einen von einer Folgenabschätzung begleiteten Vorschlag für einen EU-Rechtsrahmen vorzulegen, der auf verbindlichen Anforderungen in den Bereichen Sorgfaltspflicht, Berichterstattung, Offenlegung und Beteiligung Dritter sowie auf Haftung und Strafen bei Verstößen gegen die Verpflichtungen für alle Unternehmen beruht, die forst- und ökosystemgefährdende Rohstoffe und daraus abgeleitete Produkte erstmals in den EU-Binnenmarkt bringen.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201016IPR89560/legislation-with-binding-measures-needed-to-stop-eu-driven-global-deforestation>

Kommission; Europäisches Wissenszentrum für Biodiversität gestartet

Am 21.10.2020 hat die Kommission das Europäische Wissenszentrum für Biodiversität gestartet. Die auf wissenschaftliche Daten gestützte Plattform soll das neueste Wissen über Biodiversität verfügbar machen, um die Wirkung von damit im Zusammenhang stehenden EU-Vorschriften zu stärken und die Implementierung der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 besser überwachen zu können. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern bietet das Wissenszentrum die Möglichkeit, sich besser zu vernetzen, Forschungsergebnisse zu teilen und dadurch effektiver zur Verbesserung von die EU-Umweltvorschriften beitragen zu können.

<https://ec.europa.eu/jrc/en/news/commission-launches-knowledge-centre-reverse-biodiversity-loss-and-protect-europe-s-ecosystems>

Landwirtschaft

Rat; Schlussfolgerungen zur „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie beschlossen

Auf dem zweitägigen Treffen des EU-Landwirtschaftsrats haben die europäischen Agrarminister einstimmig die Ratsschlussfolgerungen zur „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie beschlossen. Als wesentliche Punkte betont wurden unter anderem die Erhaltung und Wiederherstellung der Bodenfruchtbarkeit, gerechte Einkommen von Primärerzeugern für den Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem und die Versorgung der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu einer mit hochwertigen, nahrhaften, sicheren und nachhaltig erzeugten Lebensmitteln zu angemessenen Preisen.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/pressemitteilungen/-/2407930>

Rat; Einigung über Reform der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020

Während der Tagung der Agrarminister am 19./20.10.2020 gelang es der deutschen Ratspräsidentschaft eine allgemeine Ausrichtung zum Reformpaket für die

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2020 zu erzielen. Die Minister einigten sich auf die verbindliche Einführung von Öko-Regelungen mit einem Budgetanteil von 20% des Direktzahlungsvolumens und eine erweiterte Konditionalität. Gleichzeitig wird den Mitgliedstaaten Flexibilität bei der Erreichung der Umweltziele eingeräumt.

Die verpflichtende Mittelaufwendung für Öko-Regelungen soll erst nach einer zweijährigen Lernphase in Kraft treten. Mitgliedsstaaten sollen flexibel entscheiden können, wie sie ihre Umweltziele erreichen und ihre Fördermittel auf die verschiedenen grünen Methoden verteilen. Die allgemeine Ausrichtung des dient als Verhandlungsmandat für die bevorstehenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/21/council-agrees-its-position-on-the-next-eu-common-agricultural-policy/>

Kommission; Konsultation zur Änderung der Vorschriften zur ökologischen Fischzucht

Vom 20.10. bis zum 17.11.2020 stellt die Kommission ihren Entwurf einer delegierten Verordnung zur Änderung von Anhang II der Verordnung (EU) Nr. 2018/848 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen zur öffentlichen Konsultation. Mit dieser Initiative werden die Vorschriften unter anderem bezüglich der Häufigkeit und Anzahl von Parasitenbehandlungen und der Verwendung von ökologischem Cholesterin als Nahrungsergänzungsmittel für bestimmte Tierarten verändert.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12496-Production-rules-concerning-feed-and-veterinary-parasite-treatments-in-aquaculture-and-sprouted-seeds>

Kommission; Konsultation zu Ausnahmeregelungen für Hennen und Eiweißfuttermitteln in der ökologischen Landwirtschaft

Vom 21.10. bis zum 18.11.2020 stellt die Kommission den Entwurf einer Durchführungsverordnung zur öffentlichen Konsultation, mit der die Ausnahmen zur Verwendung nichtökologisch/nichtbiologisch aufgezogener Junghennen und höchstens 5% nichtökologischer/nichtbiologischer Eiweißfuttermittel für Schweine und Geflügel jeweils um ein Jahr verlängert werden sollen. Hintergrund sind die neuesten Berichte der Sachverständigengruppe für technische Beratung bezüglich der ökologischen/biologischen Produktion (EGTOP), wonach es weder genügend ökologisch/biologisch aufgezogene Junghennen für die Eierzeugung noch genügend eiweißhaltige Futtermittel gibt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12584-New-authorized-inputs-and-extended-derogation-for-non-organic-pullets-and-non-organic-protein-feed-in-organic-production>

Kommission; EU-Bürgerinnen und -bürger schätzen gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Am 13.10.2020 hat die Kommission die Ergebnisse einer EU-weiten Eurobarometer-Umfrage zur öffentlichen Meinung über Landwirtschaft und die GAP veröffentlicht. Fast drei Viertel der Europäerinnen und Europäer kennen laut der Umfrage die GAP und sind länderübergreifend der Ansicht, dass nicht nur die Landwirtschaft, sondern alle Bürgerinnen und Bürger von ihr profitieren. Wie in der letzten Umfrage von 2017 sollte die GAP nach Meinung der Mehrheit der Gewährleistung qualitativ hochwertiger und gesunder Lebensmittel dienen; sowie die Ziele Umweltschutz, die Bekämpfung des Klimawandels und die Sicherstellung fairer Löhne für Landwirtinnen und Landwirte verfolgen. Gestiegen ist die Bekanntheit des EU-Bio-Logos.

https://ec.europa.eu/info/news/sustainability-rural-areas-food-security-commission-publishes-public-opinion-survey-eu-food-and-farming-2020-oct-13_de

Kommission; Konsultation zu Vorschriften bei Landnutzung und Forstwirtschaft

Vom 29.10. bis zum 26.11.2020 stellt die Kommission einen Fahrplan zum Erlass einer Verordnung zur öffentlichen Konsultation. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und das CO₂-Reduktionsziel für 2030 entsprechend zu erhöhen. In dem Zusammenhang überprüft die Kommission auch die Vorschriften zur Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft. Ziel ist es, die in diesem Sektor unternommenen Anstrengungen zur Verringerung der Emissionen und zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der CO₂-Bindung zu verstärken.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12657-Land-use-land-use-change-and-forestry-review-of-EU-rules>

Kommission; Konsultation zu geografischen Angaben bei Lebensmitteln

Vom 28.10. bis zum 25.11.2020 stellt die Kommission ihren Fahrplan zur Überarbeitung des Systems geografischer Angaben bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Lebensmitteln, Wein und Spirituosen zur öffentlichen Konsultation. Dieses dient dem Schutz wertvoller Namen vor Nachahmung und Betrug und der Kennzeichnung hoher Herstellungsstandards. Die Initiative zielt u.a. darauf ab, Erzeugergruppen mehr Befugnisse einzuräumen, die Rechtsdurchsetzung zu verbessern und das Eintragungsverfahren zu beschleunigen. Außerdem soll dadurch die Produktion nachhaltiger werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12664-Revision-of-the-EU-geographical-indications-GI-systems-in-agricultural-products-and-foodstuffs-wines-and-spirit-drinks>

Kommission; Jahresbericht zum Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel

Am 08.10.2020 hat die Kommission den Jahresbericht 2019 zum Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF = Rapid Alert System for Food and Feed) veröffentlicht. Insgesamt 4.118 Mitteilungen über Lebensmittel- oder Tierfuttermittlerisiken seien in diesem Jahr von den Mitgliedsstaaten an die Kommission eingegangen. Davon wurden 1.175 Mitteilungen als „Alarm“ eingestuft, da sie ein ernstes Gesundheitsrisiko angaben, für das Lebensmittelunternehmen und Behörden das rasche Aktionen forderten.

https://ec.europa.eu/food/sites/food/files/safety/docs/rasff_annual_report_2019.pdf

EP; Abstimmungen zur Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik

Am 23.10.20 nahm das Parlament seinen Standpunkt zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU nach 2022 an. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sollten künftig Strategiepläne ausarbeiten, in denen sie erklären, wie sie die Ziele der EU vor Ort umsetzen wollen. Die Kommission soll Änderungen der Strategiepläne einfordern können, wenn diese nicht mit den Zielen des Grünen Deals und dem Pariser Klimaabkommen vereinbar sein. Weiterhin fordert das Parlament, dass mindestens 35% der für die ländliche Entwicklung veranschlagten Gelder in den Klima- und Umweltschutz fließen. Mit mindestens 30 % der Gelder für Direktzahlungen wiederum sollten Öko-Regelungen finanziert werden. Mindestens 60% der Direktzahlungen müssen weiterhin als einkommenswirksame Flächenförderung verteilt werden und mindestens 6% sollten kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben zugutekommen. Die jährlichen Direktzahlungen an Landwirte, die 60.000 Euro überschreiten, will das Parlament schrittweise kürzen und auf 100.000 Euro begrenzen. Auf 5% der landwirtschaftlichen Fläche soll verpflichtend die Biodiversität

über sogenannte ökologischen Vorrangfläche gestärkt werden. Die Abgeordneten lehnten alle Vorschläge ab, sich auf Fleisch beziehende Bezeichnungen für fleischhaltige Produkte zu reservieren. Für Produkte auf pflanzlicher Basis und die Namen, die sie derzeit beim Verkauf verwenden, wird sich nichts ändern.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20201016IPR89542/eu-agrarpolitik-soll-umweltfreundlicher-gerechter-und-krisenfester-werden>

J u s t i z

EuGH; Widerrufsrecht bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen - nach Kundenspezifikation anzufertigende Ware

Der EuGH hat am 21.10.2020 in der Rechtssache C-529/19 (Möbel Kraft) entschieden, dass der Verbraucher bei außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen über nach Kundenspezifikationen herzustellende Ware auch dann kein Widerrufsrecht hat, wenn mit der Herstellung noch nicht begonnen wurde. Nach der Richtlinie über die Rechte der Verbraucher (Richtlinie 2011/83/EU) kann man einen Vertrag, den man im Fernabsatz oder außerhalb von Geschäftsräumen geschlossen hat, grundsätzlich binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen widerrufen. Das Widerrufsrecht ist jedoch ausgeschlossen bei Waren, die nach Kundenspezifikation angefertigt werden oder eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Ausnahme vom Widerrufsrecht, die die Richtlinie für den Fall vorsieht, dass die Ware nach Kundenspezifikation angefertigt wird oder eindeutig auf die persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten ist, gilt, so der Gerichtshof, unabhängig davon, ob der Unternehmer bereits mit der Herstellung begonnen hat oder nicht. Dies ergebe sich nicht nur aus dem Wortlaut und dem Regelungszusammenhang, sondern entspreche auch dem Ziel der Richtlinie, die Rechtssicherheit zu erhöhen, indem das Bestehen oder der Ausschluss des Widerrufsrechts nicht vom Fortschritt der Vertragserfüllung abhängt, über den der Verbraucher üblicherweise nicht informiert werde und auf den er erst recht keinen Einfluss habe.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=232701&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=9442280>

EuGH; Besteuerung des Wiener Wettterminals

Der EuGH hat am 08.10.2020 in der Rechtssache C-711/19 (Wiener Wettterminal) entschieden, dass Art. 1 der EU-Notifizierungsrichtlinie (Richtlinie (EU) 2015/1535) dahin auszulegen ist, dass eine nationale Abgabenvorschrift, die eine Besteuerung des Haltens von Wettterminals vorsieht, keine „technische Vorschrift“ im Sinne dieses Artikels darstellt. Das Wiener Wettterminalabgabegesetz musste daher nicht bei der Kommission notifiziert werden, bevor auf seiner Grundlage Abgabe erhoben wurden.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=232154&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=9441725>

Kommission; öffentliche Konsultation zur nachhaltigen Unternehmensführung

Das Thema Nachhaltigkeit soll nach dem Willen der Kommission stärker in der Corporate Governance Berücksichtigung finden. Nachhaltigkeit in der Corporate Governance bedeutet, dass Unternehmen bei ihren Geschäftsentscheidungen ökologische Aspekte (einschließlich Klima und biologische Vielfalt) sowie soziale, menschliche und wirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigen sollen. Ferner sollen sie sich auf die langfristige nachhaltige Wertschöpfung anstatt auf kurzfristige finanzielle Werte konzentrieren. Ziel der Konsultation ist die Erhebung von Daten und die Einholung von Ansichten der Interessenträger über eine mögliche

Gesetzgebungsinitiative zu nachhaltiger Unternehmensführung. Hierbei sollen gezielt die verschiedenen Standpunkte zu den wichtigsten Aspekten einer nachhaltigen Unternehmensführung eingeholt werden. Ziel der Konsultation ist es, die Meinungen der Interessenträger zusammenzutragen. Hierzu zählen insbesondere Unternehmen, Einzelpersonen und Gruppen, die von den Tätigkeiten dieser Unternehmen in der EU und ihren globalen Wertschöpfungsketten abhängen (Arbeitnehmer, Verbraucher, Investoren, lokale Gemeinschaften), Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen. An der Konsultation kann vom 26.10.2020 bis zum 08.02.2021 durch Ausfüllen eines Online-Fragebogen teilgenommen werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12548-Sustainable-corporate-governance/public-consultation>

In n e r e s

Frontex; Zahl der illegalen Grenzübertritte weiter rückläufig

Am 16.10.2020 legte die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) aktuelle Zahlen zu den Grenzübertritten in den ersten neun Monaten 2020 vor. Nachdem im Anschluss an einen Anstieg in den Vormonaten die Zahl im August bereits um 30% zurückgegangen sei, sei sie im September erneut um 19% auf etwa 9.200 zurückgegangen. Die Zahl aller Grenzübertritte im Jahr 2020 bleibe mit 72.500 um 21% hinter den Zahlen des Vorjahreszeitraums zurück. Auf der zentralen Mittelmeerroute sei die Zahl der illegalen Grenzübertritte im September um nahezu die Hälfte auf 3.300 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. Insgesamt seien in diesem Jahr bereits 24.400 Menschen, mehrheitlich aus Tunesien und Bangladesch, eingereist. Dies entspreche mehr als einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahreszeitraum, in dem die Zahlen jedoch sehr niedrig gewesen seien. Auf der westlichen Mittelmeerroute sei ein Anstieg der Zahl der illegalen Grenzübertritte um 9% gegenüber dem Vormonat auf 2.300 zu verzeichnen gewesen. Trotz des Anstiegs in den vergangenen Monaten liege die Gesamtzahl der illegalen Grenzübertritte auf dieser Route im Jahr 2020 mit fast 11.000 bei etwa 60% des Vorjahreszeitraums. Menschen aus Algerien machten nahezu zwei Drittel der illegalen Migranten auf der westlichen Mittelmeerroute aus, gefolgt von Menschen aus Marokko. Auf der östlichen Mittelmeerroute seien im September nach jüngsten Angaben 780 illegale Grenzübertritte erfasst worden, was einem Rückgang um etwa 40% gegenüber dem Vormonat entspreche. Die Zahl der illegalen Grenzübertritte sei auf dieser Route im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um beinahe drei Viertel auf etwa 15.300 zurückgegangen. Den größten Anteil illegaler Migranten machten auf dieser Route Menschen aus Afghanistan, Syrien und der Türkei aus. Auf der Westbalkanroute seien im September 2.200 illegale Grenzübertritte und damit 22% mehr als im Vormonat registriert worden. Mit fast 15.900 seien im Jahr 2020 bislang nahezu doppelt so viele illegale Grenzübertritte registriert worden wie im Vorjahreszeitraum, auch auf der Westbalkanroute stammten die meisten illegalen Migranten aus Syrien und Afghanistan.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/situation-at-eu-external-borders-detections-down-in-september-8Vx0vo>

Rat; Geltungsdauer der EU-Terroristenliste verlängert

Mit Beschluss vom 19.10.2020 verlängerte der Rat die Geltungsdauer der Liste der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, deren Gelder eingefroren und gegen die verstärkten Maßnahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit angewendet werden. Die sogenannte EU-Terroristenliste wurde infolge der

Terroranschläge vom 11.09.2001 erstellt und wird mindestens einmal pro Halbjahr überprüft. Die Gelder und Vermögenswerte der Personen, Vereinigungen und Körperschaften, die auf der EU-Terroristenliste stehen, werden in der EU eingefroren. Darüber hinaus dürfen ihnen keine Gelder und wirtschaftlichen Ressourcen von Wirtschaftsteilnehmern aus der EU zur Verfügung gestellt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/fight-against-terrorism/terrorist-list/>
https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_.2020.348.01.0015.01.DEU&toc=OJ%3AL%3A2020%3A348%3ATOC

ENISA; Jahresbericht über Cyberbedrohungen veröffentlicht

Am 20.10.2020 veröffentlichte die Agentur der EU für Cybersicherheit (ENISA) ihren Bericht über Cyberbedrohungen für den Zeitraum Januar 2019 bis April 2020. Darin kommt die Agentur zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Cyberangriffe weiter zunehme, zugleich würden diese raffinierter und zielgerichteter und blieben häufig unentdeckt. Während weiterhin Angriffe aus finanziellem Interesse dominierten und vermehrt auch Phishing, Spam und gezielte Angriffe in den sozialen Medien angewandt würden, hätten sich Cyberkriminelle auch rasch auf die Covid-19 Pandemie eingestellt und ihre Attacken an relevante Opfergruppen angepasst. Der Weg zu einer sicheren digitalen Umgebung sei vor dem Hintergrund der gewonnenen Erkenntnisse lang, insbesondere aufgrund des nötigen Wandels von Arbeitsabläufen und Infrastruktur.

<https://www.enisa.europa.eu/topics/threat-risk-management/threats-and-trends>

Kommission; Vertragsverletzung wegen „goldener Pässe“ eingeleitet

Am 20.10.2020 gab die Kommission die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren wegen der Vergabe sogenannter „goldener Pässe“ gegen MTA und CYP bekannt. Die Praxis der Gewährung der nationalen Staatsangehörigkeit, mit der der Erwerb der Unionsbürgerschaft einhergehe, gegen eine bestimmte Zahlung oder Investition ohne echte Verbindung zu dem ausstellenden Mitgliedstaat sei nicht mit dem Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit aus Art. 3 Abs. 3 EUV und den Bestimmungen zur Unionsbürgerschaft in Art. 20 AEUV vereinbar. Denn mit der Unionsbürgerschaft würden auch die damit verbundenen Rechte erworben, etwa die (Arbeitnehmer-) Freizügigkeit, das Recht auf Teilnahme an Kommunalwahlen oder an Wahlen zum EP. Daher habe die Gewährung der Staatsangehörigkeit an Investoren Auswirkungen, die über den gewährenden Mitgliedstaat hinausgingen, was den Wesensgehalt der Unionsbürgerschaft untergrabe. Die Regierungen von MTA und CYP haben nun zwei Monate Zeit, um auf die Aufforderungsschreiben der Kommission zu antworten.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201020-goldene-paesse_de

Rat; virtuelle Konferenz der Innenminister zur Zukunft von Europol

Im Rahmen einer „virtuellen Brotzeit“ einigten sich die EU-Innenminister am 21.10.2020 auf einen Zehn-Punkte-Plan zur künftigen Rolle von Europol im Rahmen der europäischen Polizeipartnerschaft. So soll Europol weiterhin die zentrale Informationsplattform zur Kriminalitätsbekämpfung in der EU unter starker inhaltlicher und organisatorischer Einbindung der Mitgliedstaaten sein. Weiterhin soll Europol auch mit globalen Akteuren und Partnern außerhalb der EU zusammenarbeiten, was insbesondere einen effektiven Informationsaustausch einschlieÙe. Zudem soll Europol in Ansehung des technischen Fortschritts weiterhin als Zentralstelle für Innovation im Bereich der inneren Sicherheit fungieren und ermächtigt werden, bei der Strafverfolgung mit privaten Partnern zu kooperieren. Schließlich bedürfe Europol einer angemessenen und zukunftsorientierten finanziellen und personellen Ausstattung, um die bestehenden und neuen Aufgaben bewältigen zu können. Die Kommission hatte bereits in ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 2020 angekündigt,

bis zum Jahresende einen Legislativvorschlag für die Zukunft von Europol vorlegen zu wollen.

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/declaration-home-affairs-europol.pdf?__blob=publicationFile&v=2

EuGH; assoziationsrechtliches Aufenthaltsrecht erlischt nicht durch Annahme der Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaats

Am 21.10.2020 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-720/19 Stadt Duisburg, dass Art. 7 Abs. 1 des Beschlusses Nr. 1/80 des Assoziationsrates vom 19.09.1980 über die Entwicklung der Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei (Beschluss) dahin auszulegen sei, dass ein Familienangehöriger eines türkischen Arbeitnehmers die in dieser Bestimmung vorgesehenen Rechte nicht verliere, wenn er die Staatsangehörigkeit des Aufnahmemitgliedstaats annehme und seine bisherige Staatsangehörigkeit verliere. Dem Vorabentscheidungsverfahren liegt der Fall einer ursprünglich türkischen Staatsangehörigen zugrunde, die als Angehörige eines türkischen Arbeitnehmers diesem nach DEU nachgezogen war und nach Art. 7 Abs. 1 des Beschlusses ein assoziationsrechtliches Aufenthaltsrecht erworben hatte, bevor sie schließlich die deutsche Staatsangehörigkeit erwarb. Als sie kurz nach ihrer Einbürgerung die türkische Staatsangehörigkeit wieder annahm, verlor sie kraft Gesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit wieder. Die Stadt Duisburg verweigerte ihr infolgedessen die Ausstellung einer erneuten unbefristeten Aufenthaltserlaubnis auf der Grundlage von Art. 7 Abs. 1 des Beschlusses, da die sich daraus ergebenden Rechte mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erloschen seien.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=E47BF7128583B1032C71813464D9E09C?text=&docid=232704&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=10267220>

Kommission; Bericht über Bekämpfung des Menschenhandels vorgelegt

Am 21.10.2020 legte die Kommission ihren dritten Fortschrittsbericht über die Bekämpfung des Menschenhandels vor. Fortschritte seien insbesondere bei der länderübergreifenden Zusammenarbeit und hinsichtlich der gemeinsamen Anstrengungen von Europol und Eurojust erzielt worden. Der Menschenhandel und die mit ihm verknüpften Straftaten entwickelten sich jedoch ständig weiter. So besitze fast die Hälfte der Betroffenen die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaats, mehr als ein Drittel werde im eigenen Land zum Opfer. 72% der Opfer seien weiblich, 22% Kinder. Dominierend sei weiterhin der Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung, doch komme es auch zur Ausbeutung von Arbeitskräften. Im Verhältnis zu den Opferzahlen würden nur wenige Täter erfolgreich verfolgt, in den Jahren 2017/2018 ständen 14.145 Opfer nur 2.426 Verurteilungen gegenüber. Auch nutzten Menschenhändler vermehrt das Internet und soziale Medien, um Opfer anzulocken und auszubeuten, die Covid-19 Pandemie habe die Gefahr, Opfer von Menschenhandel zu werden, nochmals verstärkt. Es bedürfe daher weiterer gemeinsamer Anstrengungen, insbesondere eines vehementen strafrechtlichen Vorgehens, einer vollständigen Umsetzung der Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels, eines opferzentrierten Ansatzes und einer Intensivierung der bestehenden Sicherheitskooperation der EU und ihrer Partnerländer.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0661&qid=1603458259137&from=DE>

Rat; Sanktionen wegen Cyberangriff auf den Deutschen Bundestag verhängt

Am 22.10.2020 verhängte der Rat Sanktionen gegen zwei Einzelpersonen und eine Organisation, die an dem Cyberangriff auf das Informationssystem des Deutschen Bundestages im April und Mai 2015 beteiligt waren. Bei dem Angriff waren erhebliche

Mengen Daten gestohlen worden, zudem waren die E-Mail-Konten u.a. mehrerer Abgeordneter, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel, betroffen. Die verhängten Sanktionen umfassen ein Reiseverbot sowie das Einfrieren von Vermögenswerten. Infolge des Ratsbeschlusses sind nunmehr acht Einzelpersonen und vier Organisationen von restriktiven Maßnahmen im Zusammenhang mit Cyberangriffen betroffen. Grundlage für die Sanktionen ist der im Mai 2019 in Kraft getretene und im Juli 2020 erstmals angewandte gemeinsame Rahmen für restriktive Maßnahmen gegen Cyberangriffe, die die Union oder ihre Mitgliedstaaten bedrohen.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.LI.2020.351.01.0001.01.DEU&toc=OJ%3AL%3A2020%3A351I%3ATOC>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.LI.2020.351.01.0005.01.DEU&toc=OJ%3AL%3A2020%3A351I%3ATOC>

Rat; EU-Westbalkan-Treffen der Innenminister

Am 22.10.2020 fand das jährliche EU-Westbalkan-Treffen der Innenminister per Videokonferenz statt. Neben Vertretern der deutschen Ratspräsidentschaft nahmen für die Kommission Innen-Kommissarin Ylva Johansson und Nachbarschafts-Kommissar Olivér Várhelyi sowie die Innenminister der Westbalkanstaaten teil. Gegenstand des Austausches waren die Zusammenarbeit beim Migrationsmanagement, insbesondere die Verstärkung des Informationsaustausches und der Zusammenarbeit beim Migrationsmanagement, die Fortschritte und fortbestehenden Herausforderungen bei der Umsetzung des gemeinsamen Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung für den Westbalkan sowie die Verbesserung der operativen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, wobei auf die jüngsten Erfolge bei der Bekämpfung der illegalen Migration sowie des Schusswaffen- und Drogenhandels verwiesen wurde. Im Interesse der Verbesserung der Möglichkeiten zur Bekämpfung der Cyberkriminalität bedürfe es ferner eines wirksamen Rechtsrahmens, daher müsse die aktuelle Überarbeitung des zweiten Zusatzprotokolls zum Budapester Übereinkommen zeitnah zum Abschluss gebracht werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/10/23/joint-press-statement-eu-western-balkans-ministerial-forum-on-justice-and-home-affairs/>

Kommission; Transnationale Maßnahmen zu Asyl, Migration und Integration (AMIF-2020-AG)

Am 15.10.2020 hat die Kommission einen Aufruf mit dem Ziel veröffentlicht, die Beteiligung von Flüchtlingen und Migranten an der Konzeption und Umsetzung von Integrations- und verwandten Maßnahmen auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu fördern. Ziel dieses Aufrufes ist es außerdem, die Entwicklung und Implementierung lokaler Integrationsstrategien für mehrere Interessengruppen zu erleichtern. Folglich sollten die Vorschläge darauf abzielen, die sozioökonomische Eingliederung zu verbessern und das Zugehörigkeitsgefühl für Migranten in lokalen Gemeinschaften zu stärken. Die Vorschläge sollten eine oder mehrere der folgenden Maßnahmen enthalten: Schulungen; Workshops und gegenseitige Lernaktivitäten; Technische Unterstützung und Peer Review von Mitgliedern der Partnerschaft zur Festlegung und dem Aufbau und Umsetzung einer lokalen Integrationsstrategie; Transfer von Wissensaktivitäten zwischen Mitgliedern der Partnerschaft; Sensibilisierungsaktivitäten und -veranstaltungen; Schaffung von Tools oder Plattformen zur Erleichterung der Verbreitung von Know-how. Eine stärkere Beteiligung von Flüchtlingen und Migranten an der Konzeption und Umsetzung von Integrationspolitiken sei von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung wirksamer

Politiken, die auf die Bedürfnisse der Hauptbegünstigten zugeschnitten sein müssten. Die aktive Einbeziehung von Migranten, Asylbewerbern und Flüchtlingen und die Förderung ihrer Teilnahme an Beratungs- und Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, könnten so zu ihrer Stärkung und langfristigen Integration in die Gesellschaft beitragen. Außerdem sei die Unterstützung der Einrichtung von Räten oder Beratungsgremien für Migranten auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene in enger Zusammenarbeit mit Behörden möglich und die Entwicklung innovativer Konsultationsmechanismen für Migranten in Politikbereichen, die ihre Einbeziehung und Teilnahme an Aufnahmegesellschaften betreffen, z.B. Bildung. Folgende Stellen können sich als Hauptantragsteller bewerben: Öffentliche und gemeinnützige, private Stellen für alle Themen dieser Aufforderung. Für die insgesamt 6 Einzelaufträge stehen bis zu 32,7 Mio. EUR zur Verfügung. Einsendeschluss für die Vorschläge ist der 16.02.2021. Alle relevanten Details sind unter dem folgenden Link abrufbar.

https://ec.europa.eu/research/participants/data/ref/other_eu_prog/home/wp-call/call-fiche_amif-2020-ag-call_en.pdf

Bildung und Kultur

Kommission; Europäische Kulturhauptstadt 2025; Jury wählt Chemnitz

Im Wettbewerbsverfahren um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ in Deutschland hat die europäische Auswahljury ihr abschließendes Votum am 28.10.2020 bekanntgegeben. Die Bekanntgabe erfolgte per Livestream auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung der Länder. Chemnitz hat sich gegen die Städte Nürnberg, Hannover, Hildesheim und Magdeburg durchgesetzt. Eine Formalie steht noch aus: Die Ernennung zur Kulturhauptstadt auf Basis der der Jury-Empfehlung erfolgt nun bis Jahresende durch die Kulturministerkonferenz im Einvernehmen mit Staatsministerin Monika Grütters. Ins Rennen gegangen waren acht deutsche Städte, von denen sich fünf für die zweite Runde im Wettbewerbsverfahren qualifizieren konnten. Aufgrund der Corona-Pandemie wurden sowohl die Stadtbesuche als auch die finale Auswahl Sitzung in digitalen Formaten durchgeführt. Auch Slowenien wird für das Jahr 2025 eine europäische Kulturhauptstadt bestimmen, dies nach jetzigem Zeitplan allerdings erst gegen Ende des Jahres. Die Kulturstiftung der Länder führt im Auftrag der Kultusministerkonferenz die praktische Organisation des nationalen Auswahlverfahrens durch. Deutschland stellt 2025 nach 1988 (West-Berlin), 1999 (Weimar) und 2010 (Essen/Ruhrgebiet) zum vierten Mal eine Kulturhauptstadt Europas. Die Bewerbungen wurden von einer Jury aus zwölf unabhängigen Fachleuten geprüft. Zehn Jury-Mitglieder werden dabei von EP, Rat, Kommission und AdR benannt und zwei von den nationalen Behörden des Mitgliedstaates. Das Programm „Kulturhauptstädte Europas“ wurde 1985 auf Initiative der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri ins Leben gerufen und hat sich zu einer der sichtbarsten Initiativen der EU-Kulturpolitik entwickelt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201028-chemnitz-wird-kulturhauptstadt_de

Kommission; Bericht über den politischen Einfluss sozialer Medien

Ein am 27.10.2020 veröffentlichter Bericht der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS) der Kommission befasst sich mit der Frage, welchen Einfluss soziale Medien auf politische Meinungen und auf demokratische Gesellschaften haben. Der Bericht gibt an, dass fast 48% der Europäer soziale Medien im Alltag nutzen und politisch online interagieren. Diese Plattformen unterlägen allerdings einer eingeschränkten öffentlichen Aufsicht und demokratischen Kontrolle, was einen enormen Einfluss auf die Gesellschaften haben könne. Soziale Medien können, so die zentrale These, das politische Verhalten der Menschen verändern. Der Bericht identifiziert vier zentrale Aspekte, die für diesen Druck auf Demokratien verantwortlich sind: die Aufmerksamkeitsökonomie, sog. Wahlarchitekturen, algorithmische Kuratation von Inhalten und Desinformation. Dies zeige, so die Kommission, welchen Druck die sozialen Medien aufgrund ihres Einflusses auf politische Meinungen und das Verhalten ihrer Nutzer ausübten. Nutzer wüssten oft nicht, wie die von ihnen bereitgestellten Daten verwendet werden. Algorithmen, die die Informationen auswählen, die die Benutzer online sehen, seien oft undurchsichtig und wenig verständlich. Die GFS-Studie ist Teil der vorbereitenden Arbeiten der Kommission für ihren Aktionsplan Europäische Demokratie, der sich u.a. mit Medienfreiheit und dem Schutz demokratischer Wahlen befassen wird und bis Jahresende vorgelegt werden soll.

<https://ec.europa.eu/jrc/en/publication/eur-scientific-and-technical-research-reports/technology-and-democracy>

Veranstaltungen

Hessens Livestream mit dem Träger des Georg-Büchner-Preises 2019

Am 21.10.2020 lud die Hessische Europaministerin, Lucia Puttrich, gemeinsam mit dem Präsidenten der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt, Ernst Osterkamp, zu einer Online-Lesung mit dem Träger des Georg-Büchner-Preises 2019, Lukas Bärfuss, ein. Der in der Schweiz geborene und wohnhafte Dramatiker, Erzähler und Essayist Lukas Bärfuss wurde im letzten Jahr mit dem bedeutenden deutschen Literaturpreis geehrt. Europastaatssekretär Mark Weinmeister hob die Bedeutung des Preises für die Landesregierung hervor. Er betonte zugleich den Stellenwert der Kultur für die Menschen in Hessen und Europa, die die Vielfalt und Kreativität zum Ausdruck bringe und Menschen Inspiration gebe. Ernst Osterkamp unterstrich in seiner anschließenden Würdigung des Autors und seiner Werke, dass Lukas Bärfuss ein politischer Autor sei, der keinen Widerspruch zwischen Kunst und Politik, zwischen Poesie und Engagement sehe und in allen literarischen Genres zu Hause sei. Im Anschluss las Lukass Bärfuss aus seinem Erzählband „Malinois“, der Liebe und Begehren in ihren Spielarten zum Gegenstand hat. Abschließend gab es ein literarisches Gespräch zwischen dem Autor und dem Präsidenten der Akademie.

Hessens Livestream: Überraschung bei der Parlamentswahl in LIT

Auf Einladung von Europaministerin Lucia Puttrich hat der litauische EU-Korrespondent Evaldas Labanauskas, der u.a. für den baltischen Nachrichtensender Delfi arbeitet, am 29.10.2020 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europa hat gewählt“ das Wahlergebnis der Parlamentswahl in LIT in der Hessischen Landesvertretung analysiert. Im anschließenden Gespräch mit Gudrun Engel, Fernsehkorrespondentin WDR-Studio Brüssel, wurden die Auswirkungen der Ergebnisse auf die EU und die Innenpolitik des Landes vertieft. 2020 sei ein wichtiges

Jahr in der Geschichte LITs, sagte die Hessische Europaministerin in ihrer Begrüßungsansprache. Denn am 11. März konnte LIT 30 Jahre seiner Unabhängigkeit und Demokratie feiern. Für LIT sei diese Unabhängigkeitserklärung von 1990 ein Schritt auf dem Weg zu einer europäischen Integration und einer sicherheitspolitischen Anbindung an die EUR-atlantische Partnerschaft in der NATO. LIT sei zudem ein spannender Partner, betonte die Ministerin, LIT liege in einem außenpolitisch spannenden Gebiet der EU. Russlands Enklave Kaliningrad ist der westliche Nachbar und im Südosten liege Belarus, ein Land, indem eine mutige Opposition derzeit für Demokratie und Menschenrechte kämpft. Dies seien schwierige Partner für die EU und auch für die Mitgliedstaaten, die direkte Grenzen mit diesen Ländern haben. Im Anschluss stellte Evaldas Labanauskas das Wahlergebnis vor. Die Parlamentswahlen in LIT fanden in zwei Wahlgängen, am 11. und 25.10 statt. Gewählt wird nach einem gemischten Mehrheits- und Verhältniswahlrecht: 71 der 141 Sitze werden als Direktmandate in Wahlkreisen vergeben und die übrigen 70 Sitze entsprechend der landesweiten Stimmenanteile der Parteien. Die konservative „Heimatunion-Litauische Christdemokraten“ hat am 25.10.2020 die Parlamentswahlen in LIT gewonnen, sagte Labanauskas. Das Ergebnis und die niedrige Wahlbeteiligung - im 1. Wahlgang 47,8% / im 2. Wahlgang 38,95% - zeigten, dass die Bürger ein geringes Vertrauen in die Parteien setzen und keine ausdrückliche Unterstützung für die beiden großen Parteien, der konservativ-liberalen und der „Bauern und Grüne Partei“, wenn man die Zahlen von 2016 und 2020 vergleiche, haben. Wiederholt habe sich 2020 das Phänomen, dass eine ganz neue Partei, die zum ersten Mal antritt, aus dem Stand viele Stimmen und Sitze geholt habe: 2016 war es die „Bauern und Grüne Partei“, in dieser Wahl die neu gegründete „liberale Freiheitspartei“. Das sei aber nicht ungewöhnlich, da jedes Jahr neue Parteien/Bewegungen gebildet würden, die viele Stimmen erhielten. Die populistische Arbeitspartei (DP), mit MdEP Viktor Uspaskich, sei trotz Korruptionsvorwürfen auch wieder über die 5% Hürde gekommen. Er wies auch darauf hin, dass das Parlament insgesamt im Vergleich zu den Wahlen im Jahr 2016 etwas jünger geworden sei. Auch der Frauenanteil habe sich erhöht. Extreme rechte Parteien hätten im Vergleich zu andere Mitgliedstaaten keine Rolle gespielt. Diese würden zwar existieren, seien aber zersplittert und daher bedeutungslos. Eindeutiger Gewinner sei die Konservative Partei unter ihrem Vorsitzenden Landsbergis, der aber die Regierung nicht führen werde. Für die Konservative Partei ging die parteilose Ingrida Symonite ins Rennen und habe ein eindeutiges Mandat erhalten, so Labanauskas. Sie strebe eine Mitte-Rechts-Regierungskoalition mit den beiden liberalen Parteien an. Größter Verlierer seien die „litauischen Sozialdemokraten“, die mit ihrem Vorsitzenden Paluska zum dritten Mal eine Wahl verloren hat. Überraschend habe auch die „Allianz der christlichen POL in LIT“ verloren, die nicht über die 5% Hürde kam. Aus seiner Sicht liege die Niederlage der „Bauern und Grüne Partei“ daran, dass die Stadtbevölkerung und überwiegend junge Menschen nicht mehr für sie gestimmt haben. In dem anschließenden Gespräch mit der Moderatorin Gudrun Engel vom WDR standen insbesondere Fragen zur geringen Wahlbeteiligung, zu Veränderungen im Hinblick zu Beziehungen zur EU und die internationalen Beziehungen, zu Belarus sowie Rechtsstaatlichkeit im Fokus. Bezogen auf die niedrige Wahlbeteiligung führte der Journalist aus, dass existentielle Fragen nicht im Vordergrund gestanden hätten und große Emotionen auch nicht im Spiel gewesen seien. Auf die Frage, ob zu den Beziehungen zur EU und die internationalen Beziehungen Veränderungen zu erwarten seien, antwortete Labanauskas: Es bleibe abzuwarten, wer z.B. Außenminister würde. Bislang gäbe es keine klare Kompetenzabgrenzung in diesen Fragen zwischen dem Staatspräsidenten, dem Ministerpräsidenten und dem Außenminister. Diese Klärung werde Aufgabe der neuen Ministerpräsidentin und ihrer Regierung sein. Ein weiteres Thema war das Verhältnis zu Belarus. Die Wahl habe das Verhältnis zu Belarus nicht verändert, erklärte

Labanauskas. Die unmittelbare Nachbarschaft zu Belarus, historische Verbindungen und natürlich die undemokratische Regierung in Belarus würden das Verhältnis zu Belarus prägen. Für LIT sei Belarus auch unter dem sicherheitspolitischen Aspekt wichtig. Vor allem sei es die Angst vor einer militärischen Intervention durch Russland. In der Diskussion zum Thema Rechtsstaatlichkeit in der EU führte der Journalist aus, dass es sich hier um einen politischen Balanceakt für LIT handele. „Auf der einen Seite unser Kampf in der EU für die Rechtsstaatlichkeit und entsprechende Maßnahmen, auch in Bezug auf POL, und andererseits kooperiere man in den energiepolitischen Themen oft mit POL.“ Ob LIT weiterhin eine Sprecherrolle zur Rechtsstaatlichkeit übernehmen werde, hänge von der konservativ-liberalen Regierung ab, die das Land führen werden. Labanauskas könne sich vorstellen, dass Rechtsstaatlichkeit ein wichtiges Regierungsthema bleiben wird.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

03.11.2020	EURO Gruppe Austausch mit dem Vorsitzenden des ECON Ausschusses zu COVID-19 Digitaler EURO Banken- und Kapitalmarktunion
03.11.2020	Informeller Verbraucherschutzministerrat
04.11.2020	Videokonferenz der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN) Meinungsaustausch über: Umsetzung des Aktionsplans zum Abbau notleidender Kredite Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung Vorstellung des Jahresberichts 2020 des Europäischen Fiskalausschusses
09.11.2020	Virtueller Außenministerrat (Handel)
13.11.2020	Informelle Tagung der Europaminister
13.11.2020	Videokonferenz der Justiz- und Innenminister

Europäische Kommission

11.11.2020	Sitzung der Kommission Aufbau einer Europäischen Gesundheitsunion: Abwehrbereitschaft und Widerstandsfähigkeit Vorschlag für eine Verordnung über ernste grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen Vorschlag zur Erweiterung des Mandats der Europäischen Arzneimittelagentur Vorschlag zur Erweiterung des Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten LGBTI+ Gleichstellungsstrategie Eine neue Verbraucher-Agenda Verordnung über die europäische Datenverwaltung
------------	---

Europäisches Parlament

- 11.-13.11.2020 Plenarsitzung des Europäischen Parlaments
Ergebnis der Präsidentschaftswahl in den Vereinigten Staaten
Die Bekämpfung der Straflosigkeit für Verbrechen gegen Journalisten weltweit
Geopolitische Auswirkungen der Abraham-Abkommen im Nahen Osten
Terrorismusbekämpfung und das Recht auf freie Meinungsäußerung und Bildung
Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2021 – alle Einzelpläne
Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa – Finanzierung des Grünen Deals
Verstärkte Zusammenarbeit zwischen den öffentlichen Arbeitsverwaltungen (ÖAV)
Auswirkungen der COVID-19-Maßnahmen auf die Demokratie, die Grundrechte und die Rechtsstaatlichkeit
Aktionsprogramm der Union im Bereich der Gesundheit (2021–2027) (Programm „EU4Health“)
Transparenz des Erwerbs von sowie des Zugangs zu COVID-19-Impfstoffen
Wahl des Ersten Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments (Nachfolge von Mairead McGuinness)
Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Regierung der Volksrepublik China über die Zusammenarbeit im Bereich der geografischen Angaben und deren Schutz

Ausschuss der Regionen

- 10.11.2020 ENVE-Sitzung
- Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Regionen und die Bewertung des europäischen Grünen Deals (Abstimmung)
- Chancen und Synergien einer vorausschauenden Anpassung an den Klimawandel zur Förderung von Nachhaltigkeit und Lebensqualität in den Regionen und Kommunen: Welche Rahmenbedingungen sind erforderlich? (Abstimmung)
- Förderung einer klimaneutralen Wirtschaft: Eine EU-Strategie zur Integration des Energiesystems (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

- 10.11.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-644/18 (Kommission / Italien): Feinstaubbelastung in Italien
- 10.11.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-401/19 (Polen / Parlament und Rat): Haftung von Diensteanbietern für das Teilen von Online-Inhalten
- 11.11.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-287/19 (DenizBank): Missbrauchsrisiko bei kontaktlosem Zahlen ohne PIN-Code
- 11.11.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-61/19 (Orange România): Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten
- 12.11.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-796/19 Kommission / Österreich ((Sicherheitsbehörde für Eisenbahnverkehr)): Fahrerlaubnisse für Zugführer
- 12.11.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen Eilvorabentscheidungsverfahren C-354/20 PPU und C-412/20 PPU (Openbaar Ministerie (Unabhängigkeit der ausstellenden Justizbehörde)): Europäischer Haftbefehl - Zweifel an der Unabhängigkeit polnischer Gerichte

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 13.11.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA